

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Beschlossene Anträge

Leitantrag A	Wachstum – Beschäftigung – soziale Verantwortung
	Landesparteitag a. o. Bundesparteitag
Leitantrag B	Unser Weg nach vorn: Dem Fortschritt eine soziale Richtung geben
	Landesparteitag Bundesparteitag
A 1	Erneuerung und Beteiligung in der SPD Teil I: Erneuerung der politischen Führung
	Landesparteitag Bundesparteitag
A 2	Teil II: Neue Kraft zur Kommunalwahl 2006
	Landesparteitag
A 3	Zusammenarbeit im SPD-Bezirk Braunschweig
	Bezirksvorstand
A 4	Zusammenarbeit der SPD-Bezirke im Landesverband Niedersachsen
	Landesparteitag
A 5	Unsere Partei erneuern: demokratisch und kampagnenfähig Aufgaben und Maßnahmen im SPD-Bezirk Braunschweig 2003 bis 2005
	Bezirksvorstand
A 9	Politisches Engagement bei Jugendlichen
	Bezirksvorstand
A 11	Teilhabe und Selbstbestimmung auch im politischen Raum gewährleisten
	Landesparteitag
A 12	Teilnahme an BV-Sitzungen
	Bezirksvorstand
A 17	Gesetzentwurf zur Entschädigung von Opfern von Straftaten
	Bundestagsfraktion
A 17 A	Bundesverkehrswegeplan
	SPD-Bundestagsfraktion und Bundesverkehrsminister
A 19	VW-Gesetz
	Bundes- und Landtagsfraktion

	Wilhelm Schmidt, MdB EU-Kommissare Günter Verheugen und Michaela Schreyer
--	------------------------------------------------------------------------------

A 20	Ganztagsschulen
	Landtagsfraktion
A 21	IGS
	Landtagsfraktion
A 21 A	Qualitätsentwicklung und freier Elternwille
	Landesparteitag
A 22	Freistellungsstunden
	Bezirksvorstand
A 23	Die Integrationskraft unserer Kommunen stärken
	Landesparteitag
	Bundesparteitag
A 24	Schacht Konrad
	Landtagsfraktion
	Bundestagsfraktion
A 27	Beschäftigung von Menschen mit Behinderung stärken – Arbeitslosigkeit senken
	Bundestagsfraktion
A 30	Arbeitskreis Sonnenberg
	Landtagsfraktion

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Beschluß Wachstum – Beschäftigung – soziale Verantwortung Die Reformen vom liberalen Kopf auf sozialdemokratische Füße stellen	Leitantrag A
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Weiterleitung: an den SPD-Landes- und a.o. Bundesparteitag.	

Wachstum – Beschäftigung – soziale Verantwortung
Die Reformen vom liberalen Kopf auf sozialdemokratische Füße stellen

Die aktuelle politische Diskussion um die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und die wirtschaftliche Situation unseres Landes ist bestimmt von Alarmismus und hektisch wechselnden Vorschlägen, die bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen im wesentlichen Verunsicherung und Besorgnis hervorrufen. In diesem gesellschaftlichen Klima sind gerade Reformen im und am Sozialstaat – so notwendig sie auch sein mögen – angstbesetzt und einer rationalen Diskussion nur schwer zugänglich.

Schluss mit der Lazarett-Stimmung
- und den obszönen Vorschlägen der Meinungseliten!

Deshalb muss zuerst die auch durch Sozialdemokraten verbreitete „Lazarett-Stimmung“ in Deutschland beendet werden. Die Stimmung ist objektiv unbegründet. Die Veränderungen, die wir vor uns haben, sind minimal gemessen z.B. an dem, was wir den Ländern in Osteuropa vor ihrem Beitritt in die EU zumuten. Und gelegentlich hilft vielleicht ein Blick zurück auf das Leben unserer Eltern und Großeltern: Die haben nach 1945 unter weit schwierigeren Bedingungen weit größere Aufgaben geschultert ohne darüber derart ins Lamentieren zu verfallen wie wir.

Aber auch die permanent wiederholte Forderung nach „Blut-Schweiß-und-Tränen-Reden“, die angeblich von Politikern zu halten seien, führen in die Irre. Der historische Vergleich der aktuellen innenpolitischen Situation in Deutschland mit Winston Churchills Rede zur Verteidigung Englands im II. Weltkrieg ist an sich schon absurd. Obszön wird dieser Ruf nach „schmerzhaften Einschnitten“ aber vor allem, weil er ausgerechnet von den gesellschaftlichen Gruppen erhoben wird, die selbst auf keiner „Operationsliste“ auftauchen und mithin auch weder „Schweiß“ noch „Blut“ oder gar „Tränen“ zu befürchten haben: Vorzugsweise diejenigen, die sich selbst zu den gesellschaftlichen Eliten zählen – Verbandsfunktionäre, Lobbyisten der Wirtschaft, Berufspolitiker, Chefredakteure und Kommentatoren großer Medienhäuser – pflegen diese Doppelmoral. Wenn angeblich „dramatischer Einschnitte ins soziale Netz“ und sogar „Verzicht“ notwendig sind, um Deutschland wieder flott zu machen, wo bleibt dann der Beitrag dieser (Meinungs-) Eliten unserer Gesellschaft? Schon aus Gründen der gesellschaftlichen Hygiene wäre deshalb die Wiedereinführung der Vermögenssteuer angemessen.

Die Reform des Sozialstaats: Ein sozialdemokratisches Projekt.

Tatsache ist: Die Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme unseres Sozialstaates sind unabhängig von der wirtschaftlichen Situation unseres Landes dringend notwendig. Die aktuelle Wirtschaftskrise lässt die Reformnotwendigkeit der sozialen Sicherungssysteme nur deutlicher zu Tage treten:

- 1) Der dramatische Wandel im Altersaufbau unserer Gesellschaft und die Fortschritte der letzten Jahrzehnte bei der Herabsetzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit ver-

ringern das insgesamt zur Verteilung stehende Beitragsvolumen für die Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme.

- 2) Immer noch unzureichende Absicherungen von Kindererziehungszeiten und Familien-tätigkeit im Steuerrecht und in der Altersvorsorge verschärfen den Trend zur Kin-derlosigkeit und im demografischen Wandel.
- 3) Veränderte Erwerbsbiografien mit längeren beitragsfreie Zeiten verringern einerseits die individuelle soziale Absicherung, andererseits aber auch die finanziellen Grund-lagen der Sozialversicherungssysteme.
- 4) Die Summe von Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit lässt alltägliche Dienst-leistungen z.B. im Handwerk für den einzelnen Arbeitnehmer so teuer werden, dass es zu einer dramatischen Ausweitung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft ge-kommen ist.
- 5) Es gibt Fehlsteuerungen in der „Programmierung“ unserer sozialen Sicherungssys-teme, die eine Flucht aus beitragspflichtigen Arbeitsverhältnissen in staatliche Transfereinkommen und/oder Schwarzarbeit für den einzelnen geradezu ökon-o-misch vernünftig erscheinen lassen müssen.
- 6) Staatliche Transferleistungen erreichen teilweise Einkommensgruppen, die sie nicht benötigen (z.B. Kindergeld für Besserverdienende). Gleichzeitiger existieren Unter-versorgungen in anderen gesellschaftlichen Aufgabenbereichen.
- 7) Mangelnder Wettbewerb in Leistung und Qualität und fehlende Kontrolle vor allem im Gesundheitswesen führen zu Über- und Unterversorgung in unterschiedlichen Versorgungsbereichen.
- 8) Die fast ausschließliche Finanzierung der sozialen Einheit Deutschlands über die So-zialversicherungsbeiträge von Arbeitern und Angestellten ist nicht nur ungerecht gewesen, sondern vor allem ein wirtschaftlicher Fehler: Die Kaufkraft der Arbeit-nehmer/innen wird bis zum heutigen Tag ebenso nachhaltig geschwächt wie die mittelständischen Unternehmen durch zu hohe Lohnnebenkosten belastet werden.

Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind an einem funktionsfähigen Sozialstaat interes-siert und dürfen deshalb diese Befunde nicht länger ignorieren. Jeder Tag, der ohne grundle-gende Reformen des Sozialstaats ins Land geht, hilft denjenigen aus CDU und FDP, die ihn grundsätzlich diskreditieren und zerschlagen wollen.

Wer aber grundlegende Reformen will, darf nicht schon zu Beginn den derzeitigen Lei-stungsstandard zum quasi grundgesetzlich verbrieften Besitzstand erklären und damit die entsprechenden Mentalitäten in unserer Gesellschaft konservieren helfen.

Es gibt bei dieser Reform des Sozialstaates keinen Grund die anstehenden Veränderungen als „unsozial“ und der deutschen Sozialdemokratie als „unwürdig“ zu empfinden. Im Gegen-teil, es geht um ein ur-sozialdemokratisches Projekt:

Wie in den vergangenen 140 Jahren geht es der SPD um den Erhalt und den Ausbau der Be-reitschaft zu gegenseitiger Verantwortung und Hilfe in unserer Gesellschaft – um ein solida-risches Gemeinwesen.

Genau das wird aber nur gelingen, wenn nicht gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-nehmer und ihre Familie die Belastungen aus dieser gesellschaftlichen Solidarität als zu hoch, ungerecht und letztlich für sich selbst unzureichend empfinden.

Es geht um neues Vertrauen und neues Zutrauen in den Sozialstaat. Dafür zu kämpfen lohnt sich für Sozialdemokraten.

Mehr Selbstbewusstsein für unsere eigene Reformvorhaben.

Wir Sozialdemokraten haben mit einer Politik des sozialen Ausgleichs und Friedens und mit einer engagierten Wirtschafts- und Sozialpolitik ganz wesentlich zur erfolgreichen Entwicklung der deutschen und europäischen Gesellschaft beigetragen. Auch heute dürfen wir selbstbewusst auf die erfolgreichen Leitlinien dieser Politik vertrauen:

- Eine auf soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ausgerichtete Sozialpolitik erwächst aus der Würde jedes einzelnen Menschen und dem Sozialstaatsgebot unserer Verfassung.
- Für uns Sozialdemokraten sind die Freiheit des Einzelnen und die soziale Verantwortung für das Gemeinwesen keine prinzipiellen Widersprüche, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Nur wer frei ist, kann auf Dauer sozial verantwortlich handeln. Und nur eine sozial verantwortungsbewusste und gerechte Gesellschaft garantiert auf Dauer die Freiheitsrechte des einzelnen.
- Wir wissen, dass eine demokratische Gesellschaft Freiheit und soziale Verantwortung nur nachhaltig sichern kann, wenn sie eigenverantwortliches Handeln ermöglicht. Die sozialen Sicherungssysteme unseres Sozialstaates sollen dieses eigenverantwortliche Handeln und das Leben in unserer Gesellschaft unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung immer wieder ermöglichen – auch in Notlagen. Der Schutz des Einzelnen bei Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit, die Absicherung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit, die Hilfeangebote in persönlichen Krisen oder Notlagen oder die Schutz- und Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind Ausdruck dieses sozialdemokratischen Menschen- und Gesellschaftsbildes.
- In diesem Sinne ist Sozialpolitik nicht Anhängsel der Wirtschaftspolitik. Und sie kann für Sozialdemokraten vor allem kein Hindernis für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Unternehmen und des wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland. Im Gegenteil: Sie hilft bei der Integration der Menschen in die Arbeitsgesellschaft und sichert den sozialen Frieden.
- Auch wenn soziale Leistungen letztlich auf dem wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft beruhen: Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Sozialpolitik ist nicht zuerst ein Instrument der Wirtschaftspolitik und vor allem kein prinzipielles Hindernis für den ökonomischen Erfolg in einer globalisierten Weltwirtschaft. Anders als die neoliberalen Marktideologen aus CDU und FDP dürfen Sozialdemokraten den Abbau sozialer Leistungen deshalb nicht zur Wirtschaftsförderung hochstilisieren.

Den Sozialstaat reformieren, um ihn zu erhalten.

Aus diesen Leitgedanken erwächst unsere eigene Reformagenda zum Umbau des Sozialstaates:

1. Angesichts zu hoher und ungerecht verteilter Belastungen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme entziehen zunehmend mehr Menschen – vor allem junge Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – unserem Sozialstaat ihr Vertrauen.
2. Es geht deshalb beim Umbau des Sozialstaates nicht nur um das Niveau sozialer Leistungen. Es geht auch um den generellen Erhalt der Funktionsfähigkeit gemeinsamer sozialer Sicherungssysteme und der Bereitschaft zu gegenseitiger Verantwortung und Hilfe – zur Solidarität - in unserer Gesellschaft.
3. Angesichts eines dramatischen demografischen Wandels aber auch der angesichts der Verschwendung hart erarbeiteter Beiträge und Steuern der Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer durch bürokratische Fehlsteuerungen und Fehlanreize gehört zu diesem Umbau auch ausdrücklich ein begrenzter Abbau vorhandener sozialer Leistungen des Staates und der solidarischen Versicherungssysteme.

4. Die Reformvorschläge des Bundeskanzlers vom 14. März 2003 zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland dienen diesen Zielen und sind grundsätzlich verantwortbar:

4.1. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (...) ist sinnvoll. Die bisherige Trennung ist weder in sich logisch noch sozial gerecht, denn aus „fremden“ Steuergeldern werden – und nicht aus „eigenen“ Beitragsmitteln – werden zwei unterschiedliche soziale Unterstützungssysteme finanziert.

Die Bundesregierung wird in ihrem Bemühen ausdrücklich unterstützt, diese Zusammenlegung nicht zu einer Vereinheitlichung von Sozialhilfe und dem zukünftigen Arbeitslosengeld II zu nutzen, sondern ebenso wie in der Arbeitslosenhilfe auf die Anrechnung von Vermögen zu verzichten.

Die Zusammenlegung muss schrittweise und unter Vermeidung sozialer Härten für die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger erfolgen.

4.2. Die Herausnahme des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung ist nur dann vertretbar, wenn das Gesundheitssystem ganzheitlich reformiert wird. Ziel ist es, seine Leistungsfähigkeit zu verbessern und seine Bezahlbarkeit zu sichern. Dies schafft auch die Voraussetzungen dafür, dass die mit der Herausnahme des Krankengeldes beabsichtigte Senkung des Beitragssatzes an die Versicherten weitergegeben werden kann und nicht im Verteilungskampf der Leistungsanbieter „versickert“. An die Streichung des Krankengeldes werden deshalb folgende Bedingungen geknüpft:

- Das gesamte Gesundheitswesen benötigt mehr Wettbewerb in den Bereichen Leistung und Qualität. Kostentreibende Wettbewerbsbeschränkungen, die keine Qualitätssicherung beinhalten – z.B. für Apotheken (Filialbildung) oder die Verbindung von stationärer und ambulanter Versorgung - müssen aufgegeben werden.
- Die beabsichtigte Aufhebung des Vertrags- und Abrechnungsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen wird ausdrücklich begrüßt. Die bisherigen bürokratischen Verfahren der Finanz- und Budgetsteuerung müssen abgelöst werden durch direkte Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen zwischen den Kostenträgern (Krankenkassen) und den ambulanten, teilstationären und stationären Leistungsanbietern.
- Leistungen, die unsere Gesellschaft braucht, die aber nicht zum ursprünglichen Auftrag der Krankenversicherung zählen (versicherungsfremde Leistungen), müssen aus der Beitragsfinanzierung in eine Steuerfinanzierung überführt werden. Notwendige Lasten sind sozial gerecht auf alle Schultern zu verteilen statt sie weiterhin nur Arbeitern und Angestellten aufzubürden.
- Die Leistungsanbieter müssen substantielle Beiträge zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems erbringen. Dafür sind Unter- und Fehlversorgungen insbesondere bei Vorbeugung, Vorsorge und Früherkennung zu beseitigen. Dies erfordert grundlegende strukturelle Veränderungen. Die angekündigte Positivliste für Arzneimittel ist hierzu ein richtiger, aber allein noch nicht ausreichender Schritt.
- Für die Versicherten ist eine nachvollziehbare Transparenz der Kostenermittlung und Abrechnung von Leistungen zu schaffen.
- Die paritätische Finanzierung der originären Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht durch das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages aufgelöst werden.
- Die Einnahmehasis der Gesetzlichen Krankenversicherung muss gestärkt werden. Hierbei sind auch andere Einkommensarten mit einzubeziehen.
- Ebenso wie die Einführung von Kopfpauschalen wird die von CDU und FDP befürwortete Einführung einer obligatorischen privaten Krankenversicherung mit höheren Selbstbeteiligungen z.B. bei Zahnersatz und der Familienversicherung als unsozial und familienfeindlich abgelehnt.

4.3. Wir begrüßen, dass grundsätzlich am Kündigungsschutz festgehalten wird. Unter dieser Voraussetzung ist es vertretbar den Kündigungsschutz in der vom Kanzler vorgeschlagenen Weise praktikabler zu machen. (Nichtanrechnung von Teilzeitbeschäftigten und Leiharbeitnehmern beim Schwellenwert, Wahlmöglichkeit im Kündigungsfall zwischen Rechtsweg und Abfindung zur Entlastung der Arbeitsgerichtsbarkeit und Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Sozialauswahl für Betriebsräte und Belegschaften.)

5. Die vorgeschlagene generelle Reduzierung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer allerdings ist abzulehnen.

Es darf auch in Zukunft nicht darum gehen, unabhängig von der objektiven Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme Arbeitslosen ab 55 Jahren das Arbeitslosengeld von 32 auf 18 Monate zu kürzen. Die Voraussetzung – unabhängig vom Alter – für die Streichung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld muss die Ablehnung zumutbarer Beschäftigung sein. Ebenso wichtig ist es, ihm den erworbenen Leistungsanspruch auf Arbeitslosengeld auch dann möglichst lange zu erhalten, wenn er eine schlechter bezahlte Stelle annimmt aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder arbeitslos wird. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft im Hinblick auf die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wer im Sinne eines aktivierenden Sozialstaates auch von alten Arbeitnehmern mehr fordert, muss gleichzeitig konkrete Beschäftigungsperspektiven aufzeigen.

Wir unterstützen geeignete Maßnahmen um den verbreiteten Personalabbau auf Kosten der Sozialversicherungskasse entgegen zu wirken.

6. Die von der SPD- Bundesregierung angekündigten Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um die Finanzierung der Sozialsysteme und der sozialstaatlichen Angebote in Deutschland auch in Zukunft sicher zu stellen.

Wir werden unter dem Gesichtspunkt einer gerechten und für Arbeitnehmer- Haushalte und Familien tragbaren Finanzierung die staatlichen Zahlungen an einzelne Gruppen der Gesellschaft noch wesentlich weiter verändern und umbauen müssen. Beispiele dafür sind:

- Die notwendigen Leistungen der Sozialversicherungen für die deutsche Einheit müssen endlich aus allgemeinen Steuermitteln und damit durch alle finanziert werden. Allein diese Maßnahme würde zur deutlichen Verringerung der Beitragszahlungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber führen. Der dabei notwendigen Erhöhung von Verbrauchssteuern muss allerdings an weitere Senkungen der Lohn- und Einkommenssteuern gebunden sein.
- Es ist ungerecht, dass Menschen mit hohem Einkommen Ansprüche auf Kindergeld haben, während z.B. ein Koch mit zwei Kindern inzwischen 10 Prozent seines Nettogehaltes aufbringen muss, um zwei Kindergartenplätze zu bezahlen. Die SPD muss hier eine Verfassungsänderung erreichen, nach der Kindergeld u. a. Leistungen nicht mehr an Besserverdienende gezahlt werden.

Die SPD braucht ein eigenes Programm für Wachstum und Arbeit.

Am Ende wird der Erfolg sozialdemokratischer Regierungspolitik allerdings nicht allein am Aufbau eines modernen und tragfähigen Sozialstaates gemessen, sondern allein an der Verringerung der Arbeitslosigkeit. Wenn wir die Beschäftigungskrise überwinden wollen, werden wir mehr tun müssen, als die finanziellen Grundlagen des Sozialstaates neu zu ordnen.

Auch der Umfang des für Sozialdemokraten so schwierigen Umbaus und teilweisen Abbaus sozialer Leistungen wird letztlich bestimmt von den Ergebnissen wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland und von der Verteilung der Ergebnisse dieses Wachstums. Gelingt es wieder zu einem höheren und stetigen Wirtschaftswachstum zu kommen, so werden entsprechende Leistungskürzungen geringer ausfallen müssen als bei anhaltender Rezession.

Wir brauchen deshalb ein sozialdemokratisches Wachstumsprogramm. Die SPD muss ihren Führungsanspruch für den Abbau der Arbeitslosigkeit zurück erobern, und das geht nicht nur über den Umbau des Sozialstaates. Es kommt darauf an, die neoliberalen Marktideologen von CDU und FDP mit einem in sich schlüssigen Programm für Wachstum und Arbeit zu konfrontieren, das gerade nicht den Sozialstaat aufgibt. Diese politische Konfrontation ist überfällig. Wenn wir Sozialdemokraten diesen Anspruch nicht einlösen, dann sind die Menschen auf ein einziges – ein liberales - Gesellschaftsmodell angewiesen.

Die sozialdemokratischen Ziele eines Programms für Wachstum und Beschäftigung sind klar:

- (1) Private Investitionen und Wachstum fördern,
- (2) Öffentliche Investitionen trotz Maastricht ermöglichen
- (3) und den Sozialstaat umbauen statt ihn zu zerschlagen.

Vorschläge dafür gibt es genug, die in der SPD jetzt diskutiert werden müssen:

Vorziehen der Steuerreform, um wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit der deutschen Steuer- und Abgabenpolitik zu schaffen.

Einen zweiten Schritt in der Lohn- und Einkommenssteuerreform: Mit deutlich sinkenden Steuersätzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Dafür deutliche Vereinfachung und Streichung aller Ausnahme- und Abschreibungsregelungen und steuerrechtlicher Subventionen.

Verzicht auf weitere Energiepreiserhöhungen in der aktuellen Konjunkturkrise.

Umbau der Wirtschaftsförderung zu Beteiligungskapital für den deutschen Mittelstand.

Herausnahme der Kosten der sozialen Einheit Deutschlands aus den Sozialversicherungen zur schnellen Senkung der Lohnnebenkosten und Finanzierung dieser Kosten über Verbrauchssteuern.

Parallel zur Senkung der Einkommenssteuern schrittweise Entkoppelung der Sozialversicherungen von den Arbeitskosten und Aufbau einer Finanzierung durch Verbrauchssteuern.

Schaffung eines neuen und sozial gerechten Verhältnisses zwischen den Steuerarten unserer Verfassung: Einkommensbesteuerung, Verbrauchssteuern und Vermögensbesteuerung.

Strukturelle Entlastung der Kommunen von den arbeitsmarktbedingten Kosten der Sozialhilfe um mindestens 3 Milliarden € pro Jahr, um wieder Investitionen in Schulen, Straßen und Gebäude zu ermöglichen. Gleichzeitig Aufbau eines Entschuldungsprogramms für die Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen des Gemeindefinanzreform.

Zentrales Infrastrukturprogramm und Beibehaltung der Arbeitsbeschaffungsprogramme für Ostdeutschland.

Start einer nationalen und europaweiten Initiative zum Vorschriftenabbau für Existenzgründer/innen und zur Beschleunigung von Innovations- und Investitionsvorhaben.

Schaffung eines bundesweiten Tariftreuegesetzes bei öffentlichen Auftragsvergaben zur Abwehr von Sozialdumping, Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

Neufassung der Regelungen über die wöchentliche Arbeitszeit in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit zur Verringerung der Zahl der Überstunden.

Sicherung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an beruflichen Ausbildungsplätzen durch freiwillige Vereinbarungen mit der gesellschaftlichen Gruppe der Arbeitgeber oder durch ein Bundesgesetz für eine Berufsbildungsabgabe.

Gemeinsame Initiative mit Frankreich zur Neudefinition der Maastricht-Kriterien während der aktuellen Weltwirtschaftskrise. (Differenzierung nach strukturellen und konjunkturellen Defiziten.)

Reformen brauchen Zuversicht und Zutrauen .

Nichts braucht Deutschland weniger als ein Klima der Unsicherheit und der Angst. Nur Konservative und Neo-Liberale setzen in eine solchen gesellschaftlichen Stimmungslagen ihre „Reformen“ durch. Verunsicherte Menschen eher auf Ab- und Ausgrenzung setzen, in der trügerischen Hoffnung, sich selbst zu den Stärkeren hinüber retten zu können.

Und nichts brauchen Sozialdemokraten für ihre Reformvorhaben mehr als Zuversicht und Mut - und den Anspruch auf Gerechtigkeit. In einem solchen Klima wächst die Bereitschaft zu gegenseitiger Verantwortung auch der „Stärkeren“ für die vermeintlich „Schwächeren“.

Auch im 140. Jahr geht es um das klassische sozialdemokratische Projekt: Für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen. Nur dafür – zur „Inklusion“ der zur Zeit aus dem Gemeinwesen ausgeschlossenen oder marginalisierten Gruppen (z.B. Arbeitslose oder Behinderte) - wird eine SPD gebraucht. Zur „Exklusion“ nicht; das können CDU/CSU und FDP tatsächlich besser.

Der SPD muss dieser Mentalitätswandel zuerst bei sich selbst gelingen. Nur dann wird sie ihn auch in die Gesellschaft glaubhaft vermitteln. Denn es gibt in unserer Gesellschaft viele Partner der SPD, für die der Umbau des Sozialstaats wichtig ist. Nicht eine schwer zu ortende „Neue Mitte“, sondern die „alte Mitte“ und die klassischen Verbündeten der SPD sind unsere Zielgruppen: Die jungen Familien und die beruflichen Leistungsträger zwischen Ende 20 und Anfang 50. Denn mit und für sie wollen wir Zusammenhalt, Verantwortung und Hilfsbereitschaft sichern und eine solidarische Gesellschaft erhalten.

Die Menschen in Deutschland müssen neue Zuversicht und neues Zutrauen in ein sozialdemokratisches Reformprojekt gewinnen. Denn es geht um lohnenswerte Ziele:

- Leistung und soziale Verantwortung wieder zueinander zu bringen und sie nicht als Gegensätze auftreten zu lassen.
- Eigeninitiative und die Bereitschaft zur Verantwortung für sich selbst aber auch für andere zu wecken.
- Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Senkung von Steuern und Abgaben wieder mehr Verfügungsfreiheit über ihr eigenes Einkommen geben.
- Die Familiengründung und die Kindererziehung wieder zu einem Lebensziel statt zum Armutsrisiko werden zu lassen.
- Ein neues kollektives System sozialer Sicherheit aufzubauen, das vor allem das Kernversprechen des Sozialstaats auch in Zukunft einlöst: Für jedermann eine optimale medizinische Betreuung zu gewährleisten unabhängig von Einkommen oder Alter.

Wir wollen dem modernen Staat ein neues Gesicht geben.

Uns Sozialdemokraten geht es auch heute und morgen noch um eine menschlichere Gesellschaft. Unsere Aufgabe lautet: Emanzipation ermöglichen, um das Leben für alle Menschen offen zu halten.

Auch in den modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts sind wirtschaftliche Prozesse nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Sie dienen dem sozialen, kulturellen und ökologischen Fortschritt der Menschen.

Die Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik sollen helfen die unvermeidbaren Brüche in unserer modernen Gesellschaft zu überwinden und Menschen zu befähigen, diesen Fortschritt mit zu bestimmen und an ihm teilzuhaben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt für uns Sozialdemokraten das Ziel, dem modernen demokratischen Staat wieder ein neues und menschlicheres Gesicht zu geben - weniger bürokratisch dafür aber besser fähig seine ureigensten Aufgaben wahrzunehmen mit:

- mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger;
- lebendigen Städten und Gemeinden;
- einem modernen Bildungssystem, das ebenso fördert wie fordert;
- Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für alle Menschen und Mitbestimmung am Arbeitsplatz;
- einer modernen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft;
- jungen Familien und gleichen Chancen für Frauen und Männer;
- Erfolgen in der Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen in unser Gemeinwesen;
- einer effizienten, den Bürgerrechten verpflichtenden Polizei und Justiz, die trotzdem schnell und effizient arbeiten;
- einem engagierten Umwelt- und Verbraucherschutz;
- internationaler Solidarität und Hilfe für die Hungernden und Verfolgten dieser Welt.

Begründung:

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass sich die Grundlagen zur Finanzierung unseres Systems der sozialen Sicherheit dramatisch verändert haben und aufgrund der Geburtenentwicklung noch viel mehr verändern werden. Ein Umbau der Finanzierung, eine Überprüfung des Leistungskataloges und auch eine stärkere Prüfung auf tatsächliche Bedürftigkeit ist nicht nur überfällig, sondern auch sozial gerecht.

Denn es sind die jungen Familien und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Zeit die permanent steigenden Kosten des Sozialstaates bezahlen müssen, selbst aber schon lange nicht mehr daran glauben, einmal in gleicher Weise davon profitieren zu können. Das Vertrauen in die Sozialversicherungen und in den Sozialstaat Bundesrepublik ist massiv geschwunden.

Die Vorschläge des Bundeskanzlers vom 14. März 2003 sind geeignet, die finanziellen Grundlagen des Sozialstaates wieder stabilisieren zu helfen. Leider werden sie aber gleichzeitig als Instrument einer „modernen Wirtschaftspolitik“ deklariert.

Es ist in Deutschland und auch in der SPD üblich geworden, Reformen auf dem Arbeitsmarkt oder in den Sozialsystemen (gemeint sind immer Leistungskürzungen) mit Wachstumsimpulsen zu verwechseln. Hier hat so etwas wie eine mentale Kolonialisierung der SPD durch konservativ-liberale Ideologien stattgefunden. Kein Unternehmen wird nur wegen der Schwächung des Kündigungsschutzes investieren und niemand in der Bauwirtschaft erhält wegen der Kürzung des Arbeitslosengeldes mehr Aufträge.

Wer mit der SPD den notwendigen Umbau des deutschen Sozialstaats entlang dieser neoliberalen Logik entwickeln will, wird ihre Grundfesten erschüttern, wenn nicht sogar zerstören. Er wird die Menschen vor allem bitter enttäuschen, denn internationale Wettbewerbsfähigkeit und stetiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird sich allein dadurch auch nicht einstellen. Ein einfaches Beispiel zeigt dies:

Wenn ein gut bezahlter Facharbeiter in Polen das Unternehmen Volkswagen 5 € in der Stunde kostet und sein Kollege in Salzburg 50 €, dann würde selbst eine dramatische Senkung der Lohnnebenkosten weit unter die magische 40 Prozentmarke diesen Wettbewerbsvorteil nicht auffangen. Polen ist dabei schon fast ein „Hochlohnland“ des globalen Wettbewerbs: In Weißrussland, China oder Indien können inzwischen hochkomplexe Industrie- und Konsumgüter für einen Bruchteil des polnischen Lohns hergestellt werden. Wie weit sollen denn

die Lohnnebenkosten in Deutschland sinken, um in der o.g. Logik die Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen?

Machen wir also den Menschen in Deutschland und Europa nichts vor: Der globale Wettbewerb ist durch Lohn- und Sozialkostensenkung in Deutschland oder Europa am Ende nicht zu gewinnen.

Vielmehr geht es hier um beinharte Interessen, denn natürlich ist der Druck der Globalisierung auch ein Lieblingsargument der Wirtschafts- und Unternehmensvertreter zur Durchsetzung von niedrigen Lohnabschlüssen und der Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen. Wer dieser Argumentation folgt, für den wird es kein Halten mehr geben, deshalb sollten wir Sozialdemokraten hier den liberalen Marktideologen nicht auf den Leim gehen. Wenn die Verbandsfunktionäre und Lobbyisten der Wirtschaft den Sozialabbau zum bestimmenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung erklären, dann definieren sie die Inhalte von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik völlig neu. Dann werden sie zum prinzipiellen Hindernis, zum „Krebsgeschwür“ einer globalisierten Wirtschaft und ein weitgehender Verzicht darauf wird zur Wirtschaftsförderung. Das erklärt so manchen wortradikalen Vorschlag auch aus konservativen und neoliberalen Mündern im Deutschen Bundestag gegen Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifverträge. Sie sind die Sprecher handfester materieller Interessen und als solche sollten wir sie gelegentlich auch wieder einmal bezeichnen.

Gerade in der Abgrenzung von diesen Zielen (oder ideologischen Leitlinien) von FDP und CDU und ihrer Stichwortgeber aus den Reihen der Verbandsfunktionäre der Wirtschaft liegt aber die Chance für die SPD:

Wir wollen den Sozialstaat um seiner Existenz und Zukunftsfähigkeit willen reformieren. Oder besser: Um der Menschen und des Gemeinwohls willen. Was wir eigentlich brauchen ist mehr Mut zu einer aggressiven Abgrenzung. Dort sind unsere Energien besser aufgehoben als im internen Streit.

Die Reformvorschläge des Kanzlers werden derzeit von beiden Seiten – den Reformbefürwortern wie den Reformgegnern – zu Grundsatzfragen einer „modernen Wirtschaftspolitik“ hochstilisiert. Dabei besteht die Gefahr, dass sozialdemokratische Ziele auf einen neoliberalen Kopf gestellt werden. Der umgekehrte Weg ist richtig: Die anstehenden Reformen wieder von ihrem neoliberalen Kopf auf solide sozialdemokratischen Füße zu stellen.

Dazu müssen wir Sozialdemokraten aber wieder für uns festhalten, wo oben und unten ist bzw. unseren Kompass „einnorden“. Woran liegt diese spürbare Orientierungslosigkeit sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik? Warum schwankt die sozialdemokratische Kompassnadel seit der Bundestagswahl vom 22. September 2002 so offensichtlich in entgegengesetzte Richtungen?

Die Antwort lautet: Wir haben unseren Kompass seit vielen Jahren nicht mehr auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet. Und deshalb besteht die Gefahr, dass wir die Segel mal so und mal so und damit meist falsch setzen, den Gegenwind nicht berechnen und die bekannten Routen nicht finden.

Seit Ende der 70er Jahre ist uns der Eckpunkt „stetiges Wirtschaftswachstum“ des einstmaligen magischen Vierecks als „magnetischer Nordpol“ einer „modernen Wirtschaftspolitik“ Stück für Stück abhanden gekommen. Die „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome und die Folgen hemmungslosen Raubbaus an Natur und Umwelt verbunden mit der Entstehung der Grünen als einstmalige „linker“ Konkurrenz zur SPD haben diesen Begriff in den vergangenen 25 Jahren diskreditiert. In der Folge haben Sozialdemokraten auch alle Instrumente zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums aus ihrem operativen Politikarsenal gestrichen.

Ausgebaut wurde statt dessen das Instrumentarium zur Bekämpfung der Inflation. Damit hatten wir Deutschen und Europäer wirklich 60 Jahre lang Erfolg. Die Verträge von Maastricht sind dafür ein beredtes Zeugnis. Das dort enthaltene Defizitkriterium wurde zum alles bestimmenden Faktor, zum neuen „magnetischen Nordpol“ unserer Politik.

Nicht „Bekämpfung wachsender Arbeitslosigkeit“ wurde zum zentralen europäischen Leitmotiv, sondern „modern“ war, wer „Closed to ballance“ in immer kürzeren Zeiträumen versprach. Wirtschaftliches Wachstum galt unausgesprochen als automatisches Nebenprodukt der weiteren politischen und ökonomischen Einigung Europas. Wie wir heute sehen, hatte das mehr mit Theologie als mit Ökonomie zu tun, denn es ging um Glaubenssätze und nicht um eine abgestimmte europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Mit Rezession oder gar Deflation hatten wir in Deutschland und Europa bisher auch nicht umgehen müssen. Folglich fehlen national und europaweit entsprechende Politikansätze.

Ungewollt haben sogar liberale Marktideologen dieser Entwicklung noch mit ihrer bislang unbewiesenen Behauptung Vorschub geleistet, in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung seien nationale Wachstumsprogramme ohnehin wirkungslos und allenfalls „Strohfeuer“. Bewiesen ist nach 25 Jahren nur eines: Der Verzicht auf die strikte Ausrichtung nationaler oder gemeinsamer europäischer Politik auf wirtschaftliches Wachstum hat der Arbeitslosigkeit jedes Jahr zu einem Anstieg auf katastrophale Spitzenwerte verholfen. Und das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.

Und nun, angesichts von Rezession und anhaltender Wachstumsschwäche schwanken die deutschen Sozialdemokraten vom Prinzip Hoffnung (medien-wirksam als „Politik der ruhigen Hand“ bezeichnet) zur Übernahme neoliberaler Wachstumsideologien. Denn die erklären schlicht die Senkung der Lohnnebenkosten zu ihrem zentralen Instrument zur Überwindung der deutschen Wachstumsschwäche und zur Anpassung an die Wettbewerbsbedingungen einer globalisierten Wirtschaft. Wenn auch die SPD beginnt, sie als „Wachstumsmotoren“ zu adeln, dann werden die Marktliberalen und Wirtschaftsfunktionäre uns schnell noch wesentlich dramatischere Einschnitte abverlangen. Denn ihre Logik lautet: Je geringer die Sozialkosten desto besser die Aufstellung im globalen Wettbewerb. Und auf diese Logik darf sich die SPD nicht einlassen.

Der Antrag ist nach Beschlussfassung an den Landesparteitag und an den a.o. Bundesparteitag weiterzuleiten.

Antrag/Thema: Leitantrag B Unser Weg nach vorn: Dem Fortschritt eine soziale Richtung geben	Leitantrag B
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block:	

Der Parteitag möge beschließen:

Unser Weg nach vorn:
Dem Fortschritt eine soziale Richtung geben

1. Die Widersprüche unserer Zeit

Wir stehen mitten in einem ebenso raschen wie radikalen Wandel der sozialen, ökonomischen, technischen und demographischen Rahmenbedingungen – mit enormen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Wir können den Menschen nicht garantieren, dass diese Umbrüche an ihren Lebensbereichen spurlos vorüber gehen werden. Die Menschen aber erwarten zu Recht von uns eine verantwortungsvolle Politik, die sie vor den großen Risiken des Lebens schützt und mit dem Wandel verbundene Lasten gerecht verteilt. Noch wichtiger aber ist es, die Dynamik des Wandels für bessere Lebenschancen aller Menschen zu nutzen. Wissenschaftlicher Fortschritt und technische Innovationen schaffen schon heute die Voraussetzungen für mehr Mobilität, ein gesünderes und längeres Leben sowie einen Zugewinn an Wissen und Fähigkeiten. Für diesen Fortschritt wollen wir die Gestaltungskräfte der Politik nutzen und stärken. Die Qualität des Lebens werden wir nur dann verbessern können, wenn wir dem Fortschritt eine soziale Richtung geben.

Willy Brandt hat uns mit auf den Weg gegeben, dass wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen müssen und dass jede Zeit ihre eigenen Antworten fordert. Gutes kann nur bewirken, wer auf der Höhe der Zeit ist. Nur wenn die SPD dabei einen eigenen inneren Kompass hat, wenn der Zusammenhang zu sozialdemokratischen Werten und Zielen erkennbar ist, werden wir der Gesellschaft Orientierung geben und Überzeugungskraft entwickeln können. Die zunehmende soziale Differenzierung unserer Gesellschaft und der gestiegene Wohlstand – bei gleichzeitig immer noch vorhandenen sozialen Verwerfungen – macht es immer schwieriger, für alle oder doch für einen Großteil der Bevölkerung nachvollziehbare Antworten und Lösungsvorschläge zu bieten. Um so mehr müssen wir deutlich machen, *wofür* und *für wen* wir Politik machen.

2. Grundwerte als Maßstab unserer Politik.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist vor 140 Jahren als Emanzipationsbewegung entstanden. Kernanliegen unserer Arbeit war, ist und bleibt es, jedem - unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder politischer Überzeugung - individuelle Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Weil die SPD die Partei der Freiheit ist, gestalten wir Politik für soziale Gerechtigkeit. Wir arbeiten für die individuellen Lebenschancen jedes Einzelnen *und* den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Fortschritt bedeutet für uns die Bedingungen für Gleichberechtigung, Autonomie, Selbstverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, nachvollziehen zu können, dass unser praktisches politisches Handeln diesen übergeordneten Zielen tatsächlich dient. Institutionen, Verfahren und

Regelwerke sind immer nur die Mittel, um unsere Ziele zu verwirklichen. Werte an sich sind sie nicht. Ihr praktischer Nutzen bemisst sich daran, ob sie geeignet sind, die angestrebten Ziele tatsächlich zu erreichen. Wir dürfen deshalb niemals im strukturkonservativen Bewahren verharren. Weil wir die Teilhabe aller Gruppen der Bevölkerung am Wohlstand ermöglichen und soziale Gerechtigkeit wollen, haben wir heute entschlossen für wirtschafts- und sozialpolitische Veränderungen zu kämpfen.

3. Für wen und wofür wir stehen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen täglich das Vertrauen rechtfertigen, dass uns die Bürgerinnen und Bürger entgegen bringen. Wo wir in Verantwortung sind, verdanken wir dies der Überzeugung unserer Wählerinnen und Wähler, dass wir die wirtschaftliche und soziale Erneuerung des Landes auf eine Weise bewerkstelligen, die alle mitnimmt. Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit der SPD in der gesamten Gesellschaft ist ihre Mehrheitsfähigkeit in den breiten Mittelschichten und der aktiv im Erwerbsleben Tätigen.

Unserer Gesellschaft drohen im Wandel neue Spaltungen. Es gibt nicht wenige, die die Lasten des Wandels nur auf den Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Schwächeren abladen und dessen Chancen nur den Privilegierten zugänglich machen wollen. Wir dagegen stehen für die faire Verteilung von Chancen und Lasten. Nur wir können den fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, zwischen Staat und Bürgern, zwischen Arbeitsplatzinhabern und Arbeitslosen stiften. Die strukturelle Modernisierung unseres Landes ist nämlich nur durch die Verbindung von politischer Führung und Interessenintegration zu bewerkstelligen. Die Verfechter von sozialer Kälte und gesellschaftlicher Spaltung werden dies nie leisten können.

4. Zukunft in Arbeit

Für uns ist der derzeitige Ausschluss viel zu vieler Menschen aus dem Erwerbsleben unerträglich. Arbeitslosigkeit bringt Millionen von Menschen Tag für Tag um ökonomische wie um gesellschaftliche Teilhabe, um sozialen Status, um Zugehörigkeit und Selbstwertgefühl – und damit um sehr handfeste Lebenschancen. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dieser Zustand in ganz fundamentaler Weise sozial ungerecht und deshalb nicht dauerhaft hinnehmbar. Der Teufelskreis aus Wachstumsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit muss durchbrochen werden. Notwendig ist dazu eine Politik, die gleichzeitig einen Beitrag zu mehr qualitativem Wirtschaftswachstum, einer Reduzierung der Lohnnebenkosten, mehr unternehmerischer Selbständigkeit sowie zu einer Senkung der Beschäftigungsschwelle leistet. Vor allem ist es jetzt notwendig, durch eine berechenbare Politik neues Vertrauen zu schaffen, um der verbreiteten Verunsicherung von Konsumenten und Unternehmen entgegenzuwirken. Geeignete Schritte zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Steigerung der Investitionstätigkeit sind geboten.

Am Ziel der Haushaltskonsolidierung werden wir festhalten, weil nur ein handlungsfähiges Gemeinwesen seinen Beitrag für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit leisten kann und nur so die Chancen und Lasten auch fair zwischen den Generationen zu verteilen sind. Angesichts der dramatischen konjunkturellen und weltpolitischen Lage gilt es jedoch, die vorhandenen Spielräume des Stabilitätspaktes flexibel zu nutzen. Ein Strecken der Haushaltskonsolidierung ist allerdings nur vertretbar, wenn gleichzeitig strukturelle Reformen entschlossen angegangen werden und erkennbar bleibt, dass am Ziel der Haushaltskonsolidierung grundsätzlich festgehalten wird. Nur so gelingt es, dass die Europäische Zentralbank eine Zinspolitik betreibt, die zu neuen Wachstumsimpulsen beiträgt.

5. Die Qualität des Lebens verbessern

Die Modernisierung Deutschlands umfasst mehr als die zweifelsohne notwendige Steigerung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit durch technischen, infrastrukturellen,

wissenschaftlichen Fortschritt und die Erneuerung unserer sozialen Sicherungssysteme. Es geht um weitaus mehr, als um eine Umstrukturierung der „Deutschland AG“. Wirtschaftliches Wachstum ist die entscheidende Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand. Es geht uns aber nicht um die bloße Vermehrung von Quantitäten. Unsere sozialdemokratische Modernisierung verbessert zugleich die Qualität der Lebensbedingungen. Dazu gehört der Schutz der Umwelt genauso wie ein geistiges Klima der Offenheit, der Kreativität und des Zusammenhalts.

6. Individuelle Freiheit und gegenseitige Verantwortung

Wir wollen kein Land, das sich an den falschen Idealen von Überindividualisierung, Vereinzelung und passivem Konsum ausrichtet. Wir setzen auf Chancengleichheit, gegenseitige Verantwortung und Mitgefühl. Die Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse birgt viele Risiken, aber vor allem auch Chancen für eine individuelle Gestaltung des eigenen Lebens. Darauf war die emanzipatorische Bildungspolitik der SPD stets ausgerichtet. Niemand sollte wegen seiner sozialen Herkunft an eine bestimmte Entwicklung gebunden sein. Individuelle Lebensgestaltung darf aber nicht mit Vereinzelung oder gar Egoismus verwechselt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, die sowohl allen Menschen Raum für persönliche Entfaltung eröffnet als auch Zusammenhalt und Gemeinschaft bietet. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sich immer auch um die Kehrseite der Individualisierung kümmern, in dem sie sozialer Vereinsamung und Orientierungsverlust entgegen treten.

Dafür müssen wir Engagement für die Gemeinschaft ermöglichen, fördern und fordern. Unsere Politik soll Familien den Rücken stärken, die im ökonomischen und sozialen Wandel stark belastet sind. Die Familien, als kleinste soziale Gruppen unserer Gesellschaft leisten den größten Beitrag zu sozialem Zusammenhalt. Hier werden Kinder erzogen und Werte weitergegeben. Hier entscheidet sich, ob gegenseitiges füreinander einsteht gelernt wird. Eine Politik des sozialen Schutzes für die Familien muss ein Markenzeichen der SPD sein. Eine wesentliche Aufgabe unserer Politik besteht zu dem darin, jedem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Auch wer sich an anderen Stellen für die Gemeinschaft engagiert, muss sich auf die Sozialdemokratie verlassen können. Dieses gilt beispielsweise für den ehrenamtlichen Trainer im Fußball, der Jugendlichen beibringt, was Fairness und Teamgeist ist, für die Schülerin, die sich für amnesty international und damit ganz praktisch für Menschenrechte engagiert, und für alle, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern.

7. Für das vereinigte Europa und eine Stärkung des Völkerrechts

In einer Welt, die mit neuen Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg konfrontiert ist, steht die SPD in der Tradition der Friedenspolitik und des Völkerrechts. Wir kämpfen hart gegen Aggression und Terror. Wir kämpfen jedoch ebenso hart gegen deren Ursachen. In einem Umfeld globaler Verunsicherung gilt es, das Vertrauen in die Institutionen und Regeln der Völkergemeinschaft zu stärken und Krieg allenfalls als letztes Mittel zu erwägen. Eine Stärkung der Vereinten Nationen und ein demokratisches, soziales und wirtschaftlich erfolgreiches Europa sind dafür die entscheidenden Voraussetzungen. Wir setzen auch in der internationalen Politik auf die Stärke des Rechts und nicht auf das Recht des Stärkeren.

- *Zur Weiterleitung an den SPD-Bundes- und Landesparteitag -
Begründung: erfolgt mündlich.*

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Erneuerung und Beteiligung in der SPD Teil I.: Erneuerung der politischen Führung	Nr.: 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Organisationspolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Teil I: Erneuerung der politischen Führung

1. Der Anteil von hauptamtlichen Mandatsträgern aus Regierungen und Landtagen, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament in den Vorständen der Parteiorganisation der SPD darf höchstens 50 Prozent betragen.
2. Die ununterbrochene Mitgliedschaft in den Vorständen der Parteiorganisation der SPD auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene wird auf höchstens 10 Jahre begrenzt. Davon ausgenommen sind die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter/innen.

Der Antrag ist nach Beschlussfassung weiterzuleiten an den Landes- und an den Bundesparteitag der SPD.

Begründung:

Die SPD hat als Volkspartei ein Interesse daran, die Alltags-, Berufs- und Generationserfahrungen aus möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen in ihre Beratungen aufzunehmen. Dies gilt auch für die politischen Führungsstrukturen der SPD.

Eben diese Erfahrungen verändern sich. Dabei geht es nicht darum, ob Jüngere oder Ältere „bessere“ oder „schlechtere“ Antworten auf gesellschaftliche Fragen geben können. Aber sie geben oft andere. So wie Männer und Frauen auf den gleichen gesellschaftlichen Alltag unterschiedliche Sichtweisen und Schlussfolgerungen entwickeln, so tun dies z.B. auch Jüngere und Ältere, aktive Betriebs- und Personalräte und ehrenamtliche Vertrauensleute der Gewerkschaften haben einen anderen betrieblichen Alltag vor Augen als vor 20 Jahren. Kommunalpolitiker haben eine andere politische Erfahrung als Mandatsträger aus Bundestag oder Landtagen und Eltern unterschiedliche Sichtweisen als Lehrer.

Diese unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen müssen sich wieder mehr in der Mitgliedschaft, in den Kandidatenaufstellungen aber eben auch in der Führungsstruktur der SPD wiederfinden.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Erneuerung und Beteiligung in der SPD Teil II: Neue Kraft zur Kommunalwahl 2006	Nr.: 2
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Organisationspolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Für die Aufstellung von Kandidatenlisten zur Gemeinde-, Rats- und Kreistagswahl bei der Kommunalwahl 2006 gelten im SPD-Bezirk Braunschweig / SPD-Landesverband Niedersachsen neben der 40 prozentigen Quotierung für Frauen und Männer folgende Grundsätze für alle Untergliederungen:

1. Mindestens ein Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten sollen zum ersten Mal für die SPD kandidieren.
2. Jede Kommunalwahlliste soll durch ihre Kandidatinnen und Kandidaten möglichst unterschiedliche berufliche und soziale Alltagserfahrung repräsentieren.
3. Jede Kommunalwahlliste soll durch ihre Kandidatinnen und Kandidaten die jeweiligen Wohnbereiche und Stadtteile repräsentieren.
4. Mindestens ein Drittel aller Kandidatinnen und Kandidaten soll unter 40 Jahre alt sein.
5. Auf allen Listen wird mindestens ein jüngerer Kandidat bzw. eine jüngere Kandidatin auf einem aussichtsreicher Listenplatz unter den ersten fünf Plätzen abgesichert.
6. Auf allen Listen besteht die Möglichkeit unter den ersten fünf Listenplätzen maximal zwei Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen, die bislang nicht in der SPD aktiv waren oder der SPD nicht angehören.
 - Die Kandidatenlisten, die von diesen Grundsätzen deutlich abweichen, sind vor der Beschlussfassung auf der Wahlkreis-Konferenz dem Bezirksvorstand zur Kenntnis zu geben.
 -

Der Antrag ist nach Beschlussfassung weiterzuleiten an den Landesparteitag der SPD.

Begründung:

Die SPD hat als Volkspartei ein Interesse daran, die Alltags-, Berufs- und Generationenerfahrungen aus möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen in ihre Beratungen aufzunehmen. Dies gilt vor allem auch für unsere Arbeit vor Ort in den Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Eben diese Erfahrungen verändern sich. Dabei geht es nicht darum, ob Jüngere oder Ältere „bessere“ oder „schlechtere“ Antworten auf gesellschaftliche Fragen geben können. Aber sie geben oft andere. So, wie Männer und Frauen auf den gleichen gesellschaftlichen Alltag unterschiedliche Sichtweisen und Schlussfolgerungen entwickeln, so tun dies z. B. auch Jüngere und Ältere. Neben unterschiedlichen Generationenerfahrungen braucht die SPD für ihre Arbeit vor Ort aber auch die Erfahrungen aus unterschiedlichen Berufsgruppen und aus den Wohngebieten und Stadtteilen.

Diese unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen müssen sich wieder mehr in der Mitgliedschaft, in den Kandidatenaufstellungen der SPD wieder finden.

Gleichzeitig stehen - nicht alle - aber viele unserer Ortsvereine und Unterbezirke vor der Situation, dass es viel schwieriger geworden ist, Menschen zur Mitgliedschaft und zur Kandidatur für unsere Partei zu bewegen. Deshalb müssen wir auch die Möglichkeit zur Kandidatur von Quer- und Seiteneinsteigerin eröffnen.

Das seit 1994 geltende Kommunalwahlrecht bietet dafür in Niedersachsen wieder Möglichkeiten. Die Mischung aus Persönlichkeits- und Listenwahlrecht eröffnet sowohl erfahrenen und langjährigen Kommunalpolitikern die Wiederwahl als auch die Absicherung von neuen Kandidatinnen und Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Erneuerung und Beteiligung in der SPD Teil III: Zusammenarbeit im SPD-Bezirk Braunschweig	Nr.: 3
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Organisationspolitik	

Der Parteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirksverband Braunschweig muss die Zusammenarbeit, Abstimmung und Meinungsbildung in den kommenden Jahren verbessern und neu strukturieren:

1. Der Bezirksausschuss wird durch eine Ortsvereins- und Unterbezirkskonferenz ersetzt. Diese Konferenz tagt viermal im Jahr und wird zu einem „kleinen Parteitag“ mit klar definierten Beschlussrechten entwickelt.
2. Zu zentralen Themen der Jahresarbeit im SPD-Bezirk werden Projektgruppen gebildet, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Unterbezirke und aus externen Fachleuten bestehen.

Sie sind zeitlich befristet, erhalten einen klaren Arbeitsauftrag und erarbeiten einen Beschluss- bzw. Kampagnenvorschlag für die Ortsvereins- und Unterbezirkskonferenz („kleiner Parteitag“).
3. Zur kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen im Bezirk Braunschweig werden Gesprächsforen eingerichtet.
4. Zum Aufbau und zur Förderung von Nachwuchskräften im SPD-Bezirk Braunschweig wird ein „Netzwerk 2010“ gebildet.
5. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2006 und zur dauerhaften Qualifizierung und Personalentwicklung unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erstellt der SPD-Bezirksverband ein eigenes Programm für die Kommunalakademie Niedersachsen.
6. Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, AG 60 Plus, AfA und ASF werden auf Bezirksebene fortgeführt.

Die weiteren Arbeitsgemeinschaften (AsJ, AfB, AGS, ...) werden auf ihre Notwendigkeit auf Bezirksebene überprüft und ggf. auf Landesebene weitergeführt.

Begründung:
Erfolgt mündlich

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Erneuerung und Beteiligung in der SPD Teil IV: Zusammenarbeit der SPD-Bezirke im Landesverband Niedersachsen	Nr.: 4
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Organisationspolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1. Bezirksverbände und Landesverband Niedersachsen der SPD
 - 1.1. Der SPD-Landesverband und die SPD-Bezirksverbände in Niedersachsen bleiben organisatorisch in ihrer gegenwärtigen Form erhalten und behalten ihre politische Eigenständigkeit.
 - 1.2. Der SPD-Bezirksverband Braunschweig setzt sich aber für eine verstärkte organisatorische und politische Zusammenarbeit der vier SPD-Bezirke im Landesverband Niedersachsen der SPD ein. Dazu zählt vor allem:
 - Kostenreduzierung durch Zusammenlegung von administrativen Aufgaben
 - Gemeinsamer Auftritt in Publikationen und im Internet
 - Gemeinsame Projekte und Kampagnen (z.B. zur Mitgliederwerbung, Kommunalwahl 2006, ...)
 - Gemeinsame politische Programmdebatte zur Zukunft der SPD
 - Aufbau gemeinsamer Qualifizierungsangebote und -strukturen zur Nachwuchsförderung
2. Finanzielle Grundlagen unserer Arbeit
 - 2.1. Zur finanziellen Sicherung der Arbeit des SPD-Bezirks Braunschweig und des SPD-Landesverbandes Niedersachsen wird im SPD-Bezirk Braunschweig eine umfassende Beratung mit den Ortsvereinen und Unterbezirken begonnen.
 - 2.2. Der Bezirk Braunschweig will dabei folgende Ziele erreichen:
 - die Stärkung der Finanzkraft des SPD-Bezirks Braunschweig zur Kommunalwahl 2006;
 - der Aufbau einer Finanzreserve im SPD-Landesverband für die Landtagswahl 2008.

Weiterleitung an Landesparteitag

Begründung:

Die regionale Bindung der ehrenamtlich Tätigen in der SPD ist eine tragende Säule für das Engagement in den Gliederungen und Vorständen der SPD. Eine Zentralisierung durch Auflösung der SPD-Bezirksverbände und Schaffung einer einzigen Organisationseinheit auf Landesebene schwächt dieses Engagement und die regionale Verankerung. Deshalb spricht sich der SPD-Bezirk Braunschweig für die Beibehaltung der politischen Eigenständigkeit der Bezirksverbände in Niedersachsen aus.

Gleichzeitig muss aber die administrative und politische Zusammenarbeit der SPD-Bezirke im Landesverband gestärkt werden. Unnötige Kosten durch Parallelstrukturen können entfallen und gemeinsame Projekte und Kampagnen erhöhen die Schlagkraft der SPD in Niedersachsen. Dazu gehört insbesondere auch die Personalentwicklung und Qualifizierung für die Kandidaturen zur Kommunalwahl 2006 und die Nachwuchsförderung.

Der dramatische Wählerverlust und das schwache Abschneiden der SPD bei den letzten Landtagswahlen in Niedersachsen haben ebenso dramatische Finanzeinbrüche zur Folge. Nur durch Ausgabenkürzungen und eine bessere Zusammenarbeit im administrativen Bereich zwischen den Bezirken und auf Landesebene ist keine Absicherung der politischen Arbeit unserer Partei in Niedersachsen zu erreichen. Sowohl zur Kommunalwahl 2006 als auch zur Bundestagswahl 2006 und vor allem zur Landtagswahl 2008 müssen enorme Anstrengungen zur finanziellen Handlungsfähigkeit der SPD in Niedersachsen unternommen werden.

Aus diesen Gründen muss sich die SPD auf ihre eigene Kraft besinnen. Keine staatlichen Hilfen und keine Großspenden von Vermögenden werden uns helfen, sondern nur eine solidarische Kraftanstrengung aller Mitglieder unserer Partei.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Unsere Partei erneuern: demokratisch und kampagnenfähig Aufgaben und Maßnahmen im SPD-Bezirk Braunschweig 2003 bis 2005	Nr.: 5
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Organisationspolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Zur Erneuerung unserer Partei werden wir im SPD-Bezirk Braunschweig:

1. uns in geeigneter Form an der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD beteiligen. Angesichts der rasanten Änderung zentraler Rahmenbedingung brauchen wir eine Erneuerung unserer programmatischen Grundlagen.
2. eine Agenda mit politischen Zielen für die Region Braunschweig erarbeiten, die die kommunal-, regional-, landes-, bundes-, und europapolitische Arbeit der Mandatsträger in unserer Region bündelt.
3. neue Wege in der innerparteilichen Willenbildung gehen. Es geht darum, Mitglieder stärker an politischen und personellen Entscheidungen zu beteiligen.
4. das 140 jährige Jubiläum der Partei zur Diskussion über die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der SPD nutzen.
5. ein neues Personalkonzept für die hauptamtlichen Beschäftigten der Partei erarbeiten und umsetzen. Trotz zurückgehender Ressourcen muß vor allem die Arbeit der Parteibüros in den Unterbezirken als Servicestationen für Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden.
6. neue Netzwerke zu ehrenamtlich in unserer Gesellschaft Tätigen aufbauen.
7. durch eine eigene Kommunalakademie im Bezirk Braunschweig mindestens 100 Genossinnen und Genossen unter 40 Jahren in den Jahren 2003 bis 2005 auf die Übernahme von politischer Verantwortung in den Ortsräten, Gemeinden, Kreistagen und Bezirksräten und Stadträten hin qualifizieren. Die Jusos, das Forum 2010, die SGK sowie befreundete Organisationen und Bildungsträger sind an dieser Aufgabe zu beteiligen.
8. die Bildungsarbeit im SPD-Bezirk intensivieren und den Zugang der Mitglieder politischen Informationen verbessern.
9. Motive für Parteiaustritte untersuchen und Maßnahmen zur Rückgewinnung Ausgetretener ergreifen.
10. einen "Wilhelm-Bracke-Preis" stiften, der jährlich an Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften verliehen wird, die neue und beispielhafte Wege der Partearbeit vor Ort gegangen sind.
11. einmal jährlich auf einem Mitgliederfest des SPD-Bezirks Braunschweig mit den Mitgliedern, ihren Familien und Freunden unsere gemeinsame Partei und Arbeit gebührend miteinander feiern.

Begründung:

I. Es ist eine historische Erfahrung der SPD, dass ihre Reformkraft und ihre politische Handlungsfähigkeit unmittelbar vom Grad ihrer Organisation abhängt. Die Errungenschaften der Sozialdemokratie waren stets das Ergebnis vorbildlich organisierter Interessen. Dabei muss die organisatorische Basis der SPD ständig an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden. Mangelnde programmatische Orientierung und schlechtes Abschneiden in Wahlkämpfen sind Symptome eines geschwächten Parteilebens. Unsere Partei muss wieder zu dem finden, was sie immer gewesen ist: Eine streitbare demokratische Mitgliederpartei und kampagnenfähige Volkspartei gleichermaßen.

II. Wir wollen uns weder zu einer populistischen Wählerpartei noch zu einer zentralisierten Elitepartei wandeln, denn wir haben den Anspruch soziale Megatrends zu setzen, statt Prozessen der Individualisierung und der Auflösung von Milieus hinterher zu laufen. Wer Parteimitglieder nur als Störfaktor beim Heranschmeicheln an den vermeintlichen Wähler der Mitte begreift, hat vom Wesen der Volkspartei nichts verstanden. Er hat nicht verstanden, was es bedeutet, wenn in einem großstädtischen Stadtteil mit sozialen Problemen kein sozialdemokratischer Kommunal-, Landes- oder Bundespolitiker mehr wohnt. Wo die Partei ihre Bindungen an die unterschiedlichsten Lebenssituationen in unserer Bevölkerung verliert, wird ihr politischer Einfluss im gleichen Maße schwächer und schwächer. Wo sie über die tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Gegensätze und die existentiellen Probleme der Menschen schweigt, erscheint sie als blutleerer und stillgelegter Wahlverein.

III. Die SPD war immer eine Partei, die emotionale Bezugsgrößen für ihre politischen Projekte und ihre Organisation brauchte. Wir waren immer dann besonders erfolgreich, wenn wir mit unseren Reformprojekten eine Ahnung von einem besseren Leben für alle verbinden konnten. Gleichzeitig muss auch in der Art unserer Organisation zu erkennen sein, wofür wir stehen: Für eine solidarische und demokratische Gemeinschaft.

IV. Die Mitgliedschaft in der SPD muss, bei allen richtigen Bemühungen um Öffnung und Durchlässigkeit der Organisation, in ihrem spezifischen Wert gestärkt und nicht geschwächt werden. Der Rückgang der Mitgliederzahlen bedroht die finanzielle Handlungsfähigkeit der Partei und ihre Kampagnenfähigkeit in der Fläche. Verstärkte Professionalisierung, d.h. immer mehr parteifremde Werbefachleute, Kommunikationswissenschaftler und Sozialpsychologen können die Lücke nicht füllen, die durch die mangelnde Attraktivität der Mitgliedschaft gerissen wird.

V. Das Reservoir der SPD an motivierten, verantwortungsvollen und belastbaren Ehrenamtlichen ist zu klein, um die vielfältigen Aufgaben und Positionen auf den unteren Ebenen mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten zu besetzen. Der Mangel an Funktionärsnachwuchs bewirkt, dass entlang der Organisationshierarchie kaum noch Bestenauswahl stattfindet. Jeder Funktionsträger und jede Gliederung der Partei muss deshalb einerseits den vorhandenen Nachwuchs gezielt auf die Übernahme der Verantwortung vorbereiten und andererseits genauso zielgerichtet um neue Mitglieder werben. Unsere Attraktivität und Problemlösungskompetenz hängt von unserer Einbindung in das alltägliche Leben in unseren Städten und Gemeinden ab. In Elternbeiräten, Sportvereinen, in der freiwilligen Feuerwehr, lokalen Kulturinitiativen, Arbeitnehmer-, Schüler- und Studierendenvertretungen finden wir Menschen, die sich für die Gemeinschaft engagieren. Sie sind für die Mitarbeit in der SPD gewinnbar, wenn wir sie gezielt und persönlich ansprechen. Unsere Politik kann an Bodenhaftung nur gewinnen, wenn wir uns zum Ansprechpartner für ihre Anliegen machen.

VI. Unsere Mitglieder werden Bürgerinnen und Bürger vor allem dann für die Mitarbeit in der SPD gewinnen können, wenn sie selbst vom Wert ihrer Mitgliedschaft überzeugt sind. Die Wertschätzung der SPD-Mitgliedschaft wird in dem Maße steigen, wie dem innerparteilichen Bedürfnis nach Mitwirkung bei inhaltlichen und personellen Entscheidungen spürbar entsprochen wird. Selbstbewusste Mitglieder fordern zu Recht einen privilegierten Zugang zu politischen Informations- und Qualifizierungsangeboten. Sie wollen das berechnete Gefühl haben, durch ihre Arbeit einer guten und gerechten Sache zu dienen. Sie wollen stolz sein, auf die politischen Erfolge der gesamten Partei. Vieler Orts mangelt es in der Partei auch an der Kenntnis um die Kompetenzen in den eigenen Reihen. Auf jeder Ebene der Partei ist deshalb stärker darauf zu achten, dass Mitglieder ihr berufliches oder in anderweitigem Engagement erworbenes Wissen und Können stärker einbringen können.

VII. Die Partei muss ihren Mitgliedern Beteiligungsangebote machen, die auch Spaß, Geselligkeit und Gemeinschaftserleben bieten. Oft kann man an banal klingenden Beispielen zeigen, wie weit unsere innerparteiliche Kultur bereits von der Alltagskultur entfernt ist. Wer neue Mitglieder gewinnen will, muss sich also vor allem auch um die vorhandenen kümmern. Wir müssen beispielsweise organisatorisch sicherstellen, dass nirgendwo verdiente Mitglieder dadurch vor den Kopf gestoßen werden, dass über ihr Parteijubiläum wortlos hinweg gegangen wird. Auch das Bewusstsein für die stolze Geschichte und die guten Traditionslinien unserer Partei müssen gepflegt werden. Unser 140-jähriges Jubiläum bietet dazu in diesem Jahr gute Anknüpfungspunkte.

VIII. Volkspartei zu sein, heißt auch wieder näher am Puls der Gesellschaft zu sein. Die Sozialstruktur unserer Mitgliedschaft bildet die der Bevölkerung nicht hinreichend ab. Dies hat negative Konsequenzen für die innerparteiliche Willensbildung und für die Besetzung unserer Funktionen und Mandate. Zu wenig Jüngere, zu wenig Frauen, zu wenig Selbständige, zu wenig Ingenieure, Wissenschaftler und Techniker, zu wenig Facharbeiter und inzwischen auch zu wenig wirklich in der SPD aktive Betriebsräte. Die SPD ist - vor allem in der Struktur ihrer Funktions- und Mandatsträger - eine zu stark vom Milieu des öffentlichen Dienstes getragene Partei.

IX. In Regierungsverantwortung zu sein, erlegt dem Spitzenpersonal der Partei die Pflicht zu politischer und geistiger Führung auf. Dabei ist ein Regierungschef naturgemäß nicht nur der eigenen Partei verpflichtet. Wenn aber in der Mitgliedschaft der Eindruck entstünde, dass die Partei nur noch als Kulisse für Jubelveranstaltungen dient, würden wir insgesamt scheitern. Parteitage sollen keine detaillierten Gesetzesvorgaben machen. Aber sie müssen wieder der Ort sein, auf dem sich die SPD auf die politischen Leitplanken ihres parlamentarischen Wirkens und Regierungshandelns verständigt.

X. In dieser Lage gilt es zugleich das traditionelle Parteileben zu aktivieren und die Medienkompetenz der Partei weiter zu entwickeln. Es muss eine Situation vermieden werden, in der sich die Debatte an der Scheinkontroverse zwischen altbackenem Ortsvereinsleben einerseits und virtueller Netzwerkpartei andererseits abarbeitet. Die SPD muss an ihrer Basis beides sein: Einerseits volksnah und im Milieu verankert, andererseits kampagnenfähig und auf der Höhe der Zeit.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Politisches Engagement bei Jugendlichen	Nr.: 9
Antragsteller: Unterbezirk Braunschweig	
Block: Organisationspolitik	

Der Parteitag möge beschließen:

Der SPD –Bundesvorstand wird gebeten, geeignete Strategien und Instrumente zu überlegen, um die Jugendlichen möglichst früh und wesentlich besser und intensiver über die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu informieren und sie zu einem politischen Engagement in der SPD und für die SPD zu bewegen.

Dazu sollte auch die Möglichkeit einer Schnuppermitgliedschaft ohne Zahlung eines Mitgliedsbeitrages sowie die Übernahme von Patenschaften durch Funktionsträgerinnen und MandatsinhaberInnen überdacht werden.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Teilhabe und Selbstbestimmung auch im politischen Raum gewährleisten	Nr.: 11
Antragsteller: Unterbezirk Braunschweig	
Block: Organisationspolitik	

Der Parteitag möge beschließen:

Ihrer eigenen Zielsetzung und den Forderungen der Menschen mit Behinderung entsprechend – Teilhabe und Selbstbestimmung zu stärken – wird die SPD aufgefordert, in all ihren Gremien darauf hinzuwirken, dass hier behindertenpolitisch engagierte Menschen mit Behinderung als „Experten in eigener Sache“ die Interessen und Belange von Menschen mit Behinderung in die Politik einbringen. Dies gilt sowohl für die Gliederungen vor Ort, der OV-Ebene als auch den Spitzengremien der Partei, dem Parteivorstand.

Begründung:

Historisch ist der Einsatz der SPD zu Gunsten benachteiligter Menschen mit Behinderung ein Kennzeichen unserer Partei. In einer vorbildlichen politischen Leistung hat die Partei zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion und der rot-grünen Bundesregierung eine Neuorientierung in der Behindertenpolitik umgesetzt. Mit dem neuen Schwerbehindertengesetz, dem SGB IX und dem jetzt verabschiedeten Bundesgleichstellungsgesetz sind Meilensteine zu Gunsten der Gleichstellung der Menschen mit Behinderung verwirklicht worden. Zentrale Botschaft dieser Gesetze ist die Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung wie es sowohl dem Inhalt des Gesetzestextes als auch den Reden sozialdemokratischer Abgeordneter zu entnehmen war. Alles, was gegenüber Dritten artikuliert wird, gilt in erhöhtem Maße für die Arbeit in der SPD auch. Wir fordern daher, diese Maßstäbe zügig auch in den eigenen Parteistrukturen umzusetzen und gezielt aktive Menschen mit Behinderung in Funktionen aufzunehmen und somit ein Signal, die Menschen mit Behinderung als mündige Bürger einzubeziehen, zu setzen. Vieles muss von unten wachsen; solch ein Signal sollte aber im Europäischen Jahr der Behinderten 2003 von oben kommen.

Resolution
Mut zum Frieden –
Deutschlands Verantwortung in der Welt

Wir sind erschüttert über die Opfer des Irakkrieges. Vor allem die Zivilbevölkerung hat unter diesem Krieg gelitten und wird noch über die Jahre unter den Folgen dieses Krieges und der Diktatur Saddam Husseins zu leiden haben. Bis zu jetzt hatte die Bundesregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um diesen Krieg zu verhindern. Zusammen mit anderen Partnern in Europa und der Welt und im Einklang mit den Vereinten Nationen hat Deutschland darauf hingewiesen, dass noch nicht alle Mittel ausgeschöpft waren, um den Irak mit friedlichen Mitteln abzurüsten. Die Erfolge des UN-Waffeninspektors Hans Blix zeigten deutlich, dass diese friedliche Alternative bestanden hat.

Wir unterstützen ohne Einschränkung die vorbildliche Geradlinigkeit der Regierung Schröder/Fischer, die nichts unversucht ließ, um diesen Krieg abzuwenden. Die Ergebenheitsadressen dagegen, die die CDU-Vorsitzende vor und nach Beginn des Krieges gegenüber der Bush-Regierung abgegeben hat, waren nicht im Interesse des Friedens und haben die deutsche Position belastet.

US-Präsident Bush hat ohne Mandat der Vereinten Nationen die Logik des Krieges gegen die Chance des Friedens durchgesetzt. Jetzt nach dem glücklicherweise schnellen Ende dieses Krieges und der Beseitigung des verbrecherischen Regimes von Saddam Hussein, gilt es dafür zu sorgen, dass eine Politik des militärischen Interventionismus nicht zum Regelfall wird. Krieg kann und darf nur das letzte Mittel sein, aber keine Alternative zu friedlichen Konfliktlösungen. Für den Irak gilt es, so schnell wie möglich eine zivile Übergangsverwaltung unter Führung der Vereinten Nationen zu etablieren.

In einer Welt, die mit neuen Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg konfrontiert ist, stehen die SPD in der Tradition der Friedenspolitik und des Völkerrechts. Eine Politik, die weitgehend auf militärische Stärke setzt, ist nicht in der Lage die zentralen globalen Überlebensfragen zu lösen. Wir wissen uns in dieser Politik in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit in unserem Volk. Wir setzen auf die Stärke des Rechts und nicht auf das Recht des Stärkeren. Wir kämpfen hart gegen Aggression und Terror. Wir kämpfen jedoch ebenso hart gegen deren Ursachen. In einem Umfeld globaler Verunsicherung gilt es, das Vertrauen in die Institutionen und Regeln der Völkergemeinschaft zu stärken und Krieg allenfalls als letztes Mittel zu erwägen.

Eine starke und vor allem einige Europäische Union und eine Stärkung der UNO sind entscheidende Voraussetzungen für eine friedlichere und gerechtere Weltordnung. Es ist die Verantwortung Deutschlands als eines souveränen Staates an diesen Aufgaben mit voller Kraft mitzuwirken.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Braunschweig

Antrag/Thema: Gesetzentwurf zur Entschädigung von Opfern von Straftaten	Nr.: 17
Antragsteller: SPD Unterbezirk Osterode	
Block: Bundespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur deutlichen Verbesserung der Entschädigung von Opfern von Straftaten einzubringen und schnellstmöglichst umzusetzen. Dazu müssen Entschädigungs- und Schmerzensgeldbeträge deutlich erhöht und der zeitliche Rahmen von Entschädigungsprozessen deutlich begrenzt werden.

Begründung:

Schmerzensgeld und Entschädigungszahlungen führen im internationalen Vergleich in Deutschland ein kümmerliches, zum Teil menschenunwürdiges Dasein. Versicherungen verzögern systematisch Prozesse und suchen fast immer die außergerichtliche Einigung, nur um Präzedenzfälle zu vermeiden. Opfer von Straftaten werden zum Teil mit lächerlichen Beträgen abgefunden, die in keinem Verhältnis zum erlittenen Schaden stehen. Die erfolgreiche Verzögerungstaktik, zum Teil über Jahrzehnte hinaus, kann nicht im Sinne eines solidarischen Rechtsstaates sein. Täter sind rechtlich vielfach besser gestellt als Opfer. Sozialdemokratische Politik ist nur dann langfristig glaubwürdig, wenn es zu deutlichen Verbesserungen für die Opfer kommt.

Weiterleitung an SPD-BT-Fraktion

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Bundesverkehrswegeplan „Berücksichtigung wichtiger Verkehrsprojekte des Bezirks Braunschweig im Bundesverkehrswegeplan“	Nr.: 17 A
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bundespolitik	

- I. Der Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig stellt fest:
Wir begrüßen, dass die Bundesregierung wichtige Verkehrsprojekte für den Bezirk Braunschweig, wie beispielsweise die Ortsumgehungen in Brome (Landkreis Gifhorn), Velpke-Danndorf (Landkreis Helmstedt) und Vorsfelde (Stadt Wolfsburg) in den vordringlichen Bedarf des Entwurfs für den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen hat. Gleiches gilt für den Ausbau des Abschnitts „Rautheim – Autobahnkreuz Braunschweig/Süd“ der A 39. Auch die Zusage, die Ortsumgehung Vechelde (Landkreis Peine) noch auf Grundlage des derzeit gültigen Bundesverkehrswegeplans zu realisieren, begrüßen wir. Dies bedeutet, dass wichtige Vorhaben für unsere Region mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden.
- II. Der Bezirksparteitag fordert die Bundesregierung auf:
1. Die Autobahn 39 muss in ihrer gesamten Länge in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden.

Begründung: Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die A 39 auf ihrer gesamten Streckenführung Richtung Norden geplant werden kann. Allerdings ist im Referentenentwurf lediglich der sogenannte „erste Bauabschnitt“ von Lüneburg bis Uelzen in den vordringlichen Bedarf eingestuft worden. Konkret würde dies bedeuten, dass Baumaßnahmen für die Fortführung der A 39 Richtung Norden (Wolfsburg bis Uelzen) auf keinen Fall bis zum Jahr 2015 beginnen könnten. Da es sich für die gesamte Region Südostniedersachsen um ein herausragend wichtiges infrastrukturelles Projekt handelt, fordern wir die Bundesregierung auf, auch den zweiten Bauabschnitt für den vordringlichen Bedarf vorzusehen. Die sogenannte H-Lösung entfaltet ihre gewünschte Wirkung nur, wenn die A 14 und die A 39 gleichzeitig geplant und gebaut werden. Wir erwarten, dass der Bund diesbezügliche Zusagen einhält.

2. Der Ausbau der Bundesstraße 4 zwischen Gifhorn und Meinholz muss auf ihrer gesamten Länge für den vordringlichen Bedarf vorgesehen werden.

Begründung: Es ist nicht sinnvoll nur einen Teil des Ausbaus der B4 (Gifhorn-Röttgesbüttel) in den vordringlichen Bedarf einzuordnen. Die Bezirksregierung Braunschweig und das Land Niedersachsen haben zu Recht die gesamte Strecke der B4 zwischen Gifhorn und Meinholz zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Ebenso wie Röttgesbüttel ist auch die Gemeinde Meine erheblich von wachsendem Verkehrsaufkommen, insbesondere des Schwerlastverkehrs, betroffen. Eine Realisierung des B4-Ausbaus zwischen Röttgesbüttel und Meinholz erst nach dem Jahre 2015 wäre für die gesamte Region gänzlich inakzeptabel.

Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesverkehrsminister

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: VW-Gesetz	Nr.: 19
Antragsteller: Unterbezirk Salzgitter	
Block: Landespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirk Braunschweig wendet sich mit großem Nachdruck gegen Bestrebungen der EU-Kommission, das VW-Gesetz durch eine Klage vor beim Europäischen Gerichtshof aufzuheben. Darüber hinaus werden alle gegen diese Bestrebungen gerichteten Aktivitäten insbesondere der Bundesregierung, der Landesregierung, des VW-Gesamtbetriebsrats und der IG Metall ausdrücklich unterstützt. Die Bestimmungen des VW-Gesetzes haben sich bewährt und zu einer vorbildlichen gleichberechtigten Balancierung von sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Leitungsfähigkeit bei Volkswagen beigetragen. Dies hat auch den VW-Standorten in unserer Region Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter eine verlässliche Entwicklungsbasis mit hoher Beschäftigung und guten sozialen Bedingungen gesichert. Deshalb muss das VW-Gesetz bestehen bleiben.

Begründung:

Das durch die EU-Kommission eingeleitete Mahnverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wird mit einer vermeintlichen Behinderung des Kapitalverkehrs durch das VW-Gesetz begründet. Hierbei wird besonders auf die Kombination der in diesem Gesetz enthaltenen Stimmrechtsbeschränkung von 20%, der Sperrminorität von 20% und dem besonderen Entsenderecht des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland in den Aufsichtsrat der Volkswagen AG abgehoben.

Diese Begründung ist aus folgenden Gründen nicht nachvollziehbar:

- Weder die Entwicklung nach dem Aktienkurs von Volkswagen, noch der Umfang der Handelsumsätze von VW-Aktien deuten auf eine Behinderung von Investoren hin. Darüber hinaus verfügt Volkswagen über eine hervorragende Präsenz in der Hauptversammlung.
- Im Gegensatz zu Volkswagen existieren in anderen Ländern sehr weitgehende Möglichkeiten zur Abschottung von Unternehmen gegenüber Investoren oder Übernahmeversuchen. Dies gilt insbesondere für die so genannten „Stiftungskonstruktionen“ in den Niederlanden, die dem fachlich für das Mahnverfahren zuständigen niederländischen EU-Kommissar Bolkestein sehr gut bekannt sind.
- Die angegriffene Stimmrechtsbeschränkung gilt für alle Anteilseigner und diskriminiert niemanden.
- Entsenderechte sind nach dem deutschen Aktienrecht zulässig und könnten in dem dort definierten Umfang (bis zu 30% der Anteilseigendate) ohne Probleme für das Land Niedersachsen im VW-Gesetz angepasst werden.

- Das VW-Gesetz regelt auf der Basis eines Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland die Eigentumsrechte an Volkswagen. Deshalb war und bleibt dieses Sondergesetz erforderlich.

Weiterleitung an:
SPD-Fraktionen im Bundestag, Landtag
Wilhelm Schmidt, MdB
EU-Kommissare Günter Verheugen und Michaela Schreyer

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Ganztagschulen	Nr.: 20
Antragsteller: Unterbezirk Gifhorn	
Block: Landespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

In Niedersachsen sollen möglichst viele Ganztagschulen eingerichtet werden, an denen die ganztägige Beschulung für alle Schüler verbindlich ist.

Begründung:

- Es besteht eine gesellschaftliche Notwendigkeit Schülerinnen und Schüler auch über die Mittagszeit hinaus mit einem anspruchsvollen pädagogischen Konzept zu beschulen.
- Unverbindliche Angebote in der Nachmittagszeit führen zu einer Zersplitterung der Schülerpopulation an der jeweiligen Schule.
- Nur in einer verbindlich angelegten Ganztagschule kann ein ganzheitliches Erziehungskonzept umgesetzt werden.
- Auch hier gilt wieder, dass in allen Siegerländern der PISA-Studie ein Ganztagschulsystem für alle Schüler verbindlich ist.

Weiterleitung an SPD-LT-Fraktion

Antrag/Thema: IGS	Nr.: 21
Antragsteller: Unterbezirk Gifhorn	
Block: Landespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

a) In jedem Landkreis des Landes Niedersachsen soll mindestens eine IGS eingeführt werden.

Begründung:

- Die Schulform wird von vielen Eltern nachgefragt, z.T. werden erhebliche Fahrstrecken in Kauf genommen, um den Kinder den Besuch einer Integrierten Gesamtschule zu ermöglichen.
- Die Attraktivität des Landkreises kann nur gesteigert werden, wenn ein entsprechendes Bildungsangebot im Landkreis vorhanden ist.
- In allen Siegerländer der PISA-Studie gibt es eine mindestens 8-jährige gemeinsame Schulzeit, hinter der ein grundlegendes pädagogisches Konzept zur Beschulung heterogener Lerngruppen steht.

b) Das Verfahren zur Einführung einer IGS soll vereinfacht werden.

Begründung

- Das niedersächsische Schulgesetz soll so geändert werden, dass die Gesamtschulen tatsächlich und nicht nur formal gleichberechtigt sind.
- Die Einrichtung neuer Gesamtschulen soll nicht an besondere Bedingungen geknüpft werden. Dazu müssen die Paragraphen 106 und 12 des Schulgesetzes geändert werden.
- Darüber hinaus ist zu fordern, dass hinsichtlich der Gliederung des Schulwesens nicht die Schulformen sondern die Schulbereiche (Primarbereich, Sekundarbereiche) im Vordergrund stehen.

Weiterleitung an SPD-LT-Fraktion

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Unser Weg nach vorn : Qualitätsentwicklung und freier Elternwille	Nr.: 21 A
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Landespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1. Eltern ist die Vielfalt aller vorhandenen Schulformen im niedersächsischen Schulgesetz zu garantieren. Insbesondere im ländlichen Raum ist das gymnasiale Bildungsangebot durch gezielte Schulentwicklungsplanung auszubauen.
Dabei ist der Elternwille zu ermitteln, der das Schulangebot vor Ort bestimmt.
2. Eltern ist die Wahlmöglichkeit zwischen Schulen mit früher Schullaufbahnentscheidung und Schulen mit längerer gemeinsamer Entwicklungsmöglichkeit für die Kinder zu geben.
3. Eltern wird die freie Schulwahl durch Aufhebung von Schulbezirken ermöglicht.
4. Das Finanzierungs- und Zuweisungssystem ist nach an der Schule vorhandenen Schülerzahlen und Förderungsnotwendigkeiten der jeweiligen Schülerschaft entsprechend anzupassen.
5. Auf die Dauer erhalten alle Schulen ein Vollbudget und in dessen Rahmen sie Eigenverantwortung erhalten. Die staatliche Lenkung erfolgt durch vorgegebene staatliche Standards, die definieren, was ein Schüler am Ende einer Klassenstufe können muss. Sie wird ergänzt durch ein Qualitätssicherungssystem, das u.a. Beratung, Vergleiche und Inspektion vorsieht.
6. Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen ist entsprechend neu zu bestimmen.

Begründung :

Der SPD-Bezirk Braunschweig schlägt angesichts eines hochideologischen und restaurativen CDU-Schulgesetzentwurfs vor, konsequent auf den Elternwillen und die Qualitätsentwicklung in den Schulen zu setzen.

Den Weg, den die niedersächsische CDU jetzt für das Schulsystem einschlägt, verschwendet Ressourcen und will den Eltern ihr ohne Frage einfache und schlichtes bildungspolitisches Weltbild aufoktroieren. Dabei gehen sie davon aus, das Kinder in einem bestimmten Alter einer Schulform zuordnen sind. Entwicklungsmöglichkeiten und Durchlässigkeit werde zwar mit verquastenen Begrifflichkeiten, wie einer Einfädelungsspur, beschrieben, jedoch konsequent eliminiert.

Ein Wechsel der Schullaufbahn wird faktisch unmöglich gemacht, wo er bisher schon eher die Ausnahme als die Regel war. Nicht umsonst sollte in Folge des SPD-Schulgesetzes die Abschulung abgeschafft werden. Jetzt wird sie vorverlegt und verschärft. Der Elternwille wird durch den neuen CDU- Gesetzentwurf zur Farce.

Bei unserem Beschluss nehmen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Kenntnis, dass die Elternschaft sich nach wie vor in Befürworter und Gegner des gegliederten Systems und damit der frühen Schullaufbahnentscheidung spaltet.

Wir wollen mit unserem Vorschlag zum CDU-Schulgesetz den Versuch unternehmen, die hochideologische Debatte zu beenden und konsequent auf den Elternwillen zu setzen. Aber nicht wie die CDU nur auf den Teil der Elternwillens setzen, der in ihr ideologisches Weltbild eines passt.

Dabei gehen wir davon aus, dass die weiteren nationalen und internationalen Vergleichsstudien, wie PISA, IGLU und DESI, uns in den nächsten Jahren schonungslos die Schwächen unseres Bildungssystems, hier in Deutschland insbesondere des gegliederten Systems aufzeigen werden.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen den Elternwillen ernst nehmen. Das heißt in der Konsequenz, wir wollen auf die Menschen hören, für die wir Politik gestalten wollen.

Die bisherigen Ergebnisse der PISA- Studie zeigen doch:

- das Bildungssystem hat bisher nur unterdurchschnittliche Ergebnisse bei den Schülerinnen und Schülern als auch bei den Schulen (z.B. Abschlüsse) erbracht.
- Das Bildungssystem hat bisher die Starken und die Schwachen zu wenig gefördert und Leistungsunterschiede wie in keinem anderen OECD-Land produziert
- Das Bildungssystem ist abgestuft, aber doch in allen Bundesländern, sozial selektiv.

Der SPD-Bezirk Braunschweig schlägt deshalb vor, dass sozialdemokratische Bildungspolitik künftig vorrangig auf die Qualitätsentwicklung in den Schulen setzt und die Strukturdiskussion durch konsequente Umsetzung des Elternwillens entideologisiert.

Dabei wollen wir die Qualitätsentwicklung in allen Schulen durch mehr Wettbewerb ohne Schulbezirke und freie Schulwahl der Eltern und Schülerinnen und Schüler erreichen.

Der SPD-Bezirk Braunschweig schlägt ergänzend dazu vor, dass bei der Umstellung des System die Finanzierbarkeit für Land und Kommune gesichert wird. Es muß eine gegenseitige Lastenverteilung zwischen Eltern und Schulträgern geben. So ist es sicherlich auch für Eltern nachvollziehbar, dass nicht jeder Schulweg finanziert werden kann. Aber durchaus der Schulträger den kürzesten Weg zur entsprechend gewählten Schulform bezahlt, die Eltern ihrem Wunsch entsprechend den Rest. Der Schulträger hat wiederum die Pflicht, ein Bildungsangebot vorzuhalten, das dem Elternwillen entspricht. Entsprechende Finanzierungsmodelle nach einer Art Bildungsgutscheinsysteme sind seit längerem von Experten in die Diskussion gebracht worden.

Wir wollen dabei vor allem, dass sich alle Schulen künftig um ihre Kinder und Eltern bemühen müssen. Wir sind der Überzeugung, dass dadurch ein gezieltes Qualitätsbewusstsein an allen Schulen und ein Wettbewerb um gute Konzepte entsteht.

Der SPD-Bezirk Braunschweig spricht sich zugleich für eine staatliche Verantwortung für das Schulsystem aus, in dem Land die Qualität und kommunale Schulträger die Vielfalt und Ortsnähe des Bildungsangebotes sicherstellen. Die staatliche Verantwortung beinhaltet auch eine staatliche Steuerung, die jedoch nicht mehr auf Detailregelungen setzt, sondern auf Eigenverantwortung und Rechenschaftslegung über die erzielten Ergebnisse.

Weiterleitung an Landesparteitag

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Die Integrationskraft unserer Kommunen stärken. Städte und Gemeinden als lebendige Orte sozialen Lebens und Lernens	Nr.: 23
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Regional- Kommunalpolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

I. Es geht um mehr als um Finanzpolitik.

Die aktuelle Situation über die teilweise dramatischen Steuerausfälle und die Finanznot der Kommunen sollte nicht vordergründig als Auseinandersetzung auf dem Feld der Steuerpolitik geführt werden. Eine technokratische Diskussion zwischen Finanzministern auf der einen und Kämmerern auf der anderen Seite verstellt den Blick auf die Aufgaben unserer Gemeinden, Städte und Landkreise für unser Zusammenleben und unser Gemeinwesen.

Im Kern geht es nicht um eine vordergründige Finanzdebatte, sondern um viel mehr:

Neben der Familie und dem Arbeitsplatz sind Städte und Gemeinden die wohl wichtigste soziale Integrationsinstanz in unserer Gesellschaft. Ob Sport und Kultur, Kindergarten und Schulen, Wohnungs- und Siedlungsstruktur, Beratung und Hilfe für Behinderte, Alte, Jugendliche, Obdachlose, Drogensüchtige, ausländische Mitbürger, Straßenbau und Lärmschutz; Personennahverkehr und Wirtschaftsförderung, Denkmalpflege und Umweltschutz: für all dies sorgen mittelbar bzw. unmittelbar unsere Kommunen.

Städte, Gemeinden und Landkreise sind damit der Garant für ein attraktives, lebendiges und solidarisches Zusammenleben der Menschen vor Ort. Sie sind Orte sozialen Lebens und Lernens. Diese soziale Integrationsleistung ist mit dem Art. 28 des Grundgesetzes als kommunale Selbstverwaltung entstanden, und dies gehört zu den echten Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist es nicht der Erfolg der hauptamtlichen Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern, sondern der Erfolg der ehrenamtlichen Rats- und Kreistagsmitglieder und ihrer Bürgermeister und Landräte. Dies macht übrigens den Kern der von vielen apostrophierten Zivilgesellschaft aus.

Gerade in einer Zeit, in der sich alles unglaublich schnell zu ändern scheint und in der Schlagworte wie Globalisierung und Digitalisierung eher Ängste als Hoffnungen wecken, schaffen unsere Kommunen damit auch Räume von Sicherheit und Wärme. Die öffentlichen Angebote und Einrichtungen führen Menschen in unserem Land zusammen und schaffen soliden Grund unter den Füßen. Dabei entsteht auch Heimat oder mindestens ein Gefühl davon. Und das ist weit mehr als der von Volkswirten abstrakt formulierte Wirtschaftsstandort. Nein, unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind Lebensstandorte, sie stärken die Kohäsionskräfte in einer Zeit, in der die Zentrifugalkräfte uns immer mehr auseinander treiben.

Und all dies, was vor Ort für die Menschen getan wird, gehört rechtlich zu den so genannten „freiwilligen Leistungen“ der kommunalen Selbstverwaltung. Für das Leben in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sind es aber eigentlich soziale und politische Pflichtaufgaben. Sie müssen indes aus dem eigenen Finanzaufkommen der Kommunen finanziert werden und sind deshalb in der aktuellen dramatischen Finanzkrise in Gefahr. Denn diese „freiwilligen Leistungen“, diese elementaren sozialen Integrationsleistungen unserer Kommunen, sind nicht marktfähig. Wer sie privatisieren will, entscheidet sich letztlich für die

Streichung, denn auch dort, wo private oder freie Träger kommunale Angebote und Aufgaben übernehmen, bedürfen sie immer erheblicher Zuschüsse durch die öffentliche Hand.

Letztlich geht es um die Frage, ob wir in Deutschland „privatisierte“ Städte, Gemeinden und Landkreise wollen, wie z. B. in den USA oder in großen Teilen in Großbritanniens, die nur noch die absolut überlebensnotwendigen „Herz-Kreislauf-Funktionen“ wie Stromversorgung, Wasser- und Abwasserversorgung bereit stellen, oder ob auch die hochdifferenzierten feinen Verästelungen der kommunalen Versorgung, sozusagen das „vegetative Nervensystem“, also das soziale und kulturelle Zusammenleben wieder funktionieren soll. Es geht um die Entscheidung: Wollen wir vielfältige vitale oder verarmte privatisierte Kommunen?

Nicht nur für Sozialdemokraten ist die Antwort klar! Wir wissen, dass nur sehr reiche Menschen auch bequem in armen Städten leben können. Es geht also um eine hoch politische Debatte. Es geht um den Erhalt von Städten, Gemeinden und Landkreisen als Orte sozialen Lebens und Lernens. Es geht um Lebenschancen und um Antworten auf die Frage, was uns in unserer Gesellschaft zusammenführt, zusammenhält und wie wir unser solidarisches Zusammenleben auch in Zukunft sichern können.

II. Die Grundlagen der Kommunalpolitik neu sichern.

Auch wenn derzeit sehr viele steuerliche Faktoren ungünstig zusammentreffen und die kommunale Finanzsituation zusätzlich dramatisch verschlechtern: Konjunkturkrisen hat es in der Vergangenheit immer gegeben. Und bisher haben die Städte und Gemeinden diese konjunkturbedingten Steuerausfälle immer überwinden können. Sie würden es auch diesmal schaffen, wenn sie ihre Leistungsfähigkeit nicht längst anderweitig, nämlich strukturell verloren hätten.

Das Kernproblem für die Finanzausstattung der Kommunen ist die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit und ihre gravierenden Folgen für die Kommunen als Sozialhilfeträger. Die Sozialhilfelasten für die Kommunen haben sich in den letzten 25 Jahren mehr als verfünffacht (1975: 7 Mrd. DM; 2000: 41 Mrd. DM). Im gleichen Zeitraum haben sich die Einnahmen der Städte, Gemeinden und Landkreise lediglich verdreifacht. Was einmal als Einzelfallhilfe für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger im Sozialhilferecht gedacht war und daher ausschließlich als Solidarakt der örtlichen Gemeinschaft durch das kommunale Steueraufkommen finanziert werden sollte, ist längst zur allgemeinen Lohnersatzleistung geworden. Hinzu kommt: auch die Dauer des durchschnittlichen Sozialhilfebezuges hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen (1998: 26,8 Monate, 2001: 32,7 Monate). Diese Entwicklung ist es, die unsere Kommunen strukturell überfordert.

Etwa ein Drittel der Sozialhilfeempfänger stehen dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung. Dementsprechend müsste etwa ein Drittel der Sozialhilfekosten durch die Bundesanstalt oder den Bund übernommen werden. Das wären derzeit mindestens 5 Mrd. Euro bundesweit.

Hier muss eine Lösung der Finanzprobleme zuerst in Angriff genommen werden:

1. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II muss alle prinzipiell arbeitsfähigen Personen umfassen und darf nicht zu einer Ausgrenzung aufgrund schwerer Vermittelbarkeit aus dem Aufgabenbereich der Arbeitsverwaltung zu Lasten der Kommunen führen.
2. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II) sind die Kommunen vollständig von den Kosten der Sozialhilfe zu entlasten.
3. Im Rahmen dieser Entlastung dürfen durch Bundes- und Landesgesetze keine neuen Aufgaben auf die Kommunen überwältzt werden (z.B. die Schaffung von Kinderkrip-

penplätzen). Die SPD fordert deshalb die verfassungsrechtliche Verankerung des sogenannten „Konnexitätsprinzips“: Wer eine Aufgabe rechtlich vorschreibt, muss auch für ihre Finanzierung sorgen.

4. Parallel dazu muss es auch zu einer Reformierung der Besteuerung von Betrieben kommen. Anzustreben ist die steuerliche Gleichbehandlung von Freiberuflern, Gewerbe- sowie land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bei den Gewinnermittlungsvorschriften und bei der Gewerbesteuer, denn es ist schwer zu erklären, warum ein kleiner Handwerksmeister mit einem niedrigen Betriebsergebnis durchaus bilanzierungs- und gewerbesteuerpflichtig ist, ein Freiberufler trotz eines höheren Betriebsergebnisses aber generell nicht. Es ist auch nicht einzusehen, warum jeder kleine Gewerbebetrieb seinen tatsächlichen Gewinn zu ermitteln hat, aber ein Teil der Land- und Forstwirte nicht. Hier gibt es eine Fülle von Widersprüchen und Ungeheimtheiten im Steuerrecht, deren Klärung aus Gründen der Steuergerechtigkeit, der Steuervereinfachung und des Subventionsabbaus (u.a. § 13 a Einkommensteuergesetz) so schnell wie möglich auf die politische Agenda gehört.

Nach Beschlussfassung durch den Bezirksparteitag: Weiterleitung an Landes- und Bundesparteitag.

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Es bleibt dabei: Schacht Konrad darf kein Atom- müllendlager werden	Nr.: 24
Antragsteller: Unterbezirk Salzgitter	
Block: Regional-/Kommunalpolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD hat auf Bundesebene dafür die Weichen gestellt, dass der Schacht Konrad in Salzgitter kein Atommüllendlager wird. Der Weg ist durch den Energiekonsens und durch die Änderung des Atomgesetz gesichert, wenn auch nicht unkompliziert (dafür aber entschädigungsfrei). Damit ist der von der SPD in Salzgitter und im gesamten Bezirk Braunschweig geforderte Weg erfolgreich umgesetzt worden.

Das mit dem Energiekonsens geschaffene Prinzip des „einen Endlagers für alle atomaren Abfälle“ bedeutet, dass der nur für Teilbereiche von Atommüll erkundete Schacht Konrad nicht hierfür in Frage kommt.

Wir unterstreichen die Richtigkeit der Abwehrhaltung in unserer Region gegen das Projekt Konrad. Diese kommt auch in den Klagen zum Ausdruck, die von der Stadt Salzgitter und von der Familie Traube für zahlreiche Unterstützer betrieben werden. Der SPD-Unterbezirksparteitag ruft zur konkreten Unterstützung des Rechtshilfefonds für Klage gegen Schacht Konrad auf.

Wir warnen die neue CDU/FDP-Landesregierung sehr nachdrücklich davor, durch Landespolitik und durch Initiativen im Bundesrat diesen eingeschlagenen Weg zu stören oder zu beenden. Das wird sich die SPD ebenso wenig gefallen lassen, wie der größte Teil der Bürgerinnen und Bürger in der Region. Die zahlreichen Ablehnungsgründe gegen das Atommüllendlager Schacht Konrad, die auch ihren Ausdruck in rund 290.000 Einwendungen gefunden haben, haben nach wie vor uneingeschränkte Gültigkeit.

Weiterleitung an SPD-LT- und BT-Fraktion

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Beschäftigung von Menschen mit Behinderung stärken – Arbeitslosigkeit senken	Nr.: 27
Antragsteller: Unterbezirk Braunschweig	
Block: Gesundheits-/Sozialpolitik	

Der Parteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung und die Entscheidungsorgane auf Landes- und Kommunalebene werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass der Beschäftigungsstand von Menschen mit Behinderung auch in den kommenden Jahren deutlich gestärkt wird und die Arbeitslosigkeit weiter gesenkt wird. Hierzu bedarf es einer Fortführung der in den letzten 3 Jahren erfolgreichen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktkampagne zugunsten Menschen mit Behinderung. Es darf zu keiner nachteiligen Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behinderter Menschen kommen.

Begründung: Nachdem in den Jahren der konservativ-liberalen Bundesregierung der Beschäftigtenstand behinderter Menschen von ehemals über einer Million allein in den alten Bundesländern auf 760000 zurückgegangen ist, ist es der gegenwärtigen Bundesregierung gelungen, den Beschäftigungsstand weiter zu steigern. Dieses politische Ziel muss weiter verfolgt werden und die Kampagne wie auch die Qualifizierungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung verstärkt fortgeführt werden. Hierzu muss insbesondere die schulische wie aber auch die weitere Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeit behinderter Menschen verbessert werden.

Arbeit ist ein zentraler Indikator für die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderung. Gerade im Rahmen der laufenden Diskussion in der Bundesrepublik ist es unabdingbar, Menschen mit Behinderung zu einem möglichst hohen Anteil ins Arbeitsleben zu integrieren und die entsprechenden Förderungsmöglichkeiten auszubauen.

Weiterleitung an Bundesregierung und SPD-BT-Fraktion

Bezirksparteitag
SPD-Bezirk Braunschweig
26. April 2003 in Königslutter

Antrag/Thema: Solidaritätsadresse an den Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg	Nr.: 30
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Landespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Die wertvolle Arbeit des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg und der Tagungs- und Bildungsstätte ist durch staatliche Zuschüsse so zu sichern, dass ihre Existenz nicht in Frage gestellt ist.

Begründung:

Der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg und die Tagungs- und Bildungsstätte haben sich in ihrer inhaltlichen Arbeit die Sicherung der Menschenrechte, Frieden und Solidarität als Schwerpunkte gesetzt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlicher nationaler und sozialer Herkunft und Weltanschauung werden über Bildungs- und Sozialprobleme, Arbeitswelt und Freizeit, Umwelt und Wirtschaft, über aktuelle und historische Themen informiert und zum Engagement in der Gesellschaft angeregt. Im gemeinsamen Lernen und Erleben sollen Vorurteile überwunden und Wege gesucht werden, die verantwortliches Handeln erleichtern.

Die Bildungsarbeit wird durch öffentliche Mittel und durch Beiträge von Mitgliedern in vielen Ländern ermöglicht. Mehr als 2000 Mitglieder sowie Freundeskreise in 24 Staaten gehören zum Sonnenberg Kreis e.V..

An einer solchen Einrichtung mit internationaler Wirkung besteht ein öffentliches Interesse. Sie dient dem Ansehen Niedersachsens und leistet wertvolle Arbeit. Deshalb fordert der SPD-Bezirk Braunschweig die Landtagsfraktion auf, zum Nachtragshaushalt einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Weiterleitung SPD-LT-Fraktion